

LATEINAMERIKA nachrichten

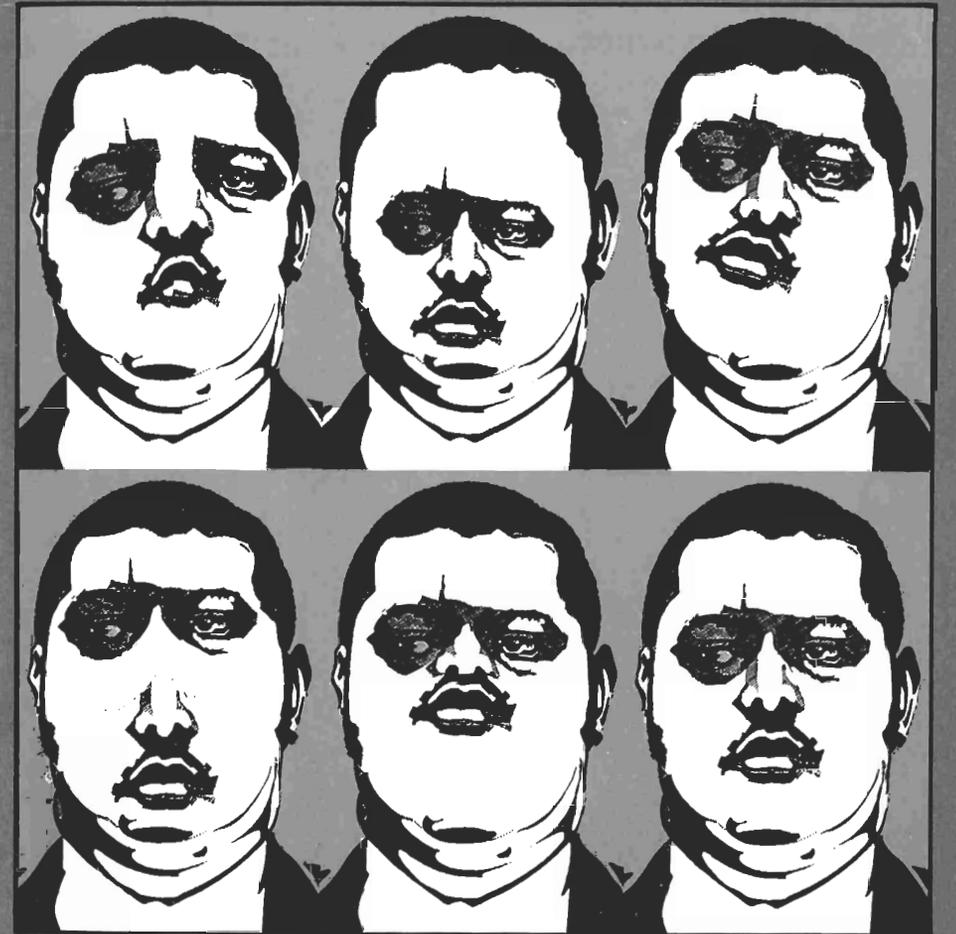
13. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1986

DM 4,50

146



HAITI: Kosmetische Korrekturen

Aus dem Inhalt:

CHILE: Faule Eier und Tomaten für Kennedy / URUGUAY: Interview mit Raúl Sendic / BOLIVIEN: Ende der Zinn-Ära / COSTA RICA: Die Wahl des kleineren Übels / EL SALVADOR: Guazapa-Bombardierung



Jean Ziegler

Gegen die Ordnung der Welt
Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika
Peter Hammer Taschenbuch 28
352 Seiten, DM 24,80

Dieses engagiert geschriebene Buch gibt einen Überblick und Einblick in die Geschichte, Verlauf und Erfolg und Weiterentwicklung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Julio Cortázar

Nicaragua, so gewaltsam zärtlich
Peter Hammer Taschenbuch 23
2. Auflage, 128 Seiten, DM 12,80

„Die Absicht Cortázars, ‚das Herz der Nicaraguaner so nah wie möglich klopfen zu hören, den Pulsschlag ihres Lebens zu fühlen,‘ wird in diesem Buch voll erfüllt.“ Plärrer

Dietmar Schönherr

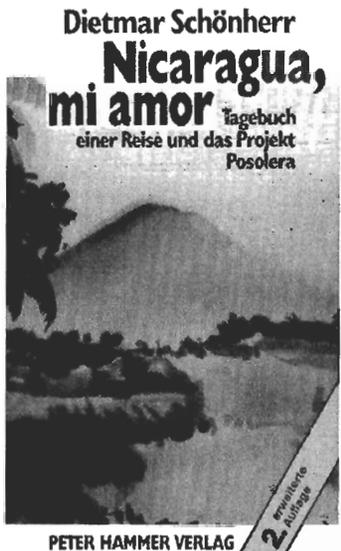
Nicaragua, mi amor
Tagebuch einer Reise und das Projekt Posolera
Peter Hammer Taschenbuch 32
2. erw. Auflage, 144 Seiten, DM 12,80

Schönherr's Buch bietet ein faszinierendes Bild der Realität Nicaraguas und seines kämpfenden Volkes, und er berichtet über das Dorf „La Posolera“, ein Projekt konkreter Solidarität.

Tomás Borge

Tagesanbruch gegen den Tod
Zu Krieg und Frieden in Nicaragua
Peter Hammer Taschenbuch 24

Dieses Buch enthält grundsätzliche Reden und Aufsätze zu Fragen der Revolution in Nicaragua.



Peter Hammer Verlag

Föhrenstraße 33-35 · 5600 Wuppertal 2

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
– CHILE: Faule Eier und Tomaten für Kennedy	4
Wieder eine Wende in der deutschen Politik?	16
Chilenisches Tagebuch	18
– BOLIVIEN: Ende der Zinn-Ära	20
– URUGUAY: Raúl Sendic spricht für die Tupamaros	26
– HAITI: Duvalierismus ohne Duvalier	32
"Scenen wie aus Dantes Inferno"	36
– NICARAGUA-SOLIDARITÄT: "Nicaragua libre – Leben im Kampf für den Frieden und die Autonomie"	39
– NICARAGUA: Amnesty International berichtet über die Menschenrechte	43
Aufruf: Nicaragua muß überleben	46
– COSTA RICA: Die Wahl des kleineren Übels	48
– EL SALVADOR: Sie wollen den Fischen das Wasser entziehen	58
– MEXIKO: Immer größere Armut trotz Anhebung der Mindestlöhne	62
Radio Huayacocotla, die Stimme der Campesinos	67
– LATEINAMERIKA: Krise als Dauerzustand	71
– FILM: Zur Situation des brasilianischen Kinos	75
– REZENSIONEN	78
– Eingegangene Bücher	80
– Zeitschriftenschau	80

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimiento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 13. Februar 1986

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

"Wenn man von einer Gruppe Guerrilleros, die aufgrund der Gegebenheiten auf keine der im folgenden erwähnten Voraussetzungen zählen kann, das gleiche Maß an Verantwortlichkeit verlangte wie von einer Regierung, die das eigene Staatsgebiet kontrolliert, die sich auf Gesetze, ein Justizwesen, auf Gerichte und den gesamten Verwaltungsapparat stützen kann, so würde dies zu einer schwerwiegenden und unzulässigen Verzerrung der fundamentalen juristischen und politischen Prinzipien führen.

Deshalb ist es nicht zulässig, ohne weiteres die Verbrechen, die den verschiedenen Aufständischengruppen in zugeschrieben werden, und diejenigen, die von den Truppen der Regierung ausgeübt werden, über einen Kamm zu scheren."

Bei dem vorstehenden Zitat handelt es sich nun nicht um den Versuch linker "Jubel-Solidaritäter" z.B. politische Morde von Sendero Luminoso zu bagatellisieren. Nein, auch unsere "Kollegen" des politisch rechtsgestrickten 'Lateinamerika Report' haben so ab und an ihre Probleme mit der Respektierung der Menschenrechte durch die von ihnen unterstützten Gruppierungen. Und so sind es auch Reagans "Freiheitskämpfer", um die es in dem Zitat geht. Interessant wird das Ganze, wenn man es statt auf Nicaragua (wie intendiert) auf El Salvador bezieht. Ob die Schreiberlinge des 'Lateinamerika Report' auch dort die selben Maßstäbe anlegen? Wohl kaum.

Die Frage nach dem Verhältnis von Solidarität und Menschenrechten, nach der Form und den Inhalten der Kritik an den politischen Akteuren in Lateinamerika, die man unterstützt (in unserem Falle in erster Linie die Befreiungsbewegungen), stellt sich jedoch leider nicht nur der Rechten in der BRD, sondern auch bei uns.

Die Artikel zu Nicaragua in diesem Heft können vielleicht ein Beitrag sein, die so notwendige Diskussion um

solidarische Kritik,
kritische Solidarität,
Solidarität ohne Kritik
oder

Kritik ohne Solidarität
weiter voranzubringen.

CHILE

Faule Eier und Tomaten für Kennedy

DIE LAGE IN CHILE ZU BEGINN DIESES JAHRES

Da behauptete noch einmal jemand, in Chile gäbe es keine Demonstrationenfreiheit. Am 15. Januar dieses Jahres konnte sich der aufmerksame Beobachter vom Gegenteil überzeugen. Eine Gruppe meist junger Leute aus der reichen Oberstadt hatte sich in der chilenischen Metropole Santiago zum Empfang des Kongreßabgeordneten Edward Kennedy aus den USA versammelt, der ihrer Meinung nach entscheidend für das Waffenembargo der Vereinigten Staaten gegen das Chile Pinochets verantwortlich ist. Bei so stiefmütterlicher Behandlung durch den großen Bruder im Norden mußte man als aufrechter Chilene doch auf die Straße gehen (natürlich mit dem schiefen Auto vom Herrn Papa), um dem us-Senator mit Steinen, Eiern und Tomaten ein Bild vom Demokratieverständnis im heutigen Chile zu vermitteln.

Das aufsehenerregendste politische Ereignis im hochsommerlich ruhigen Santiago war der mehrstündige Blitzbesuch des us-Kongreßabgeordneten Edward Kennedy im Rahmen seiner Lateinamerika-Rundreise sicherlich. Chilenische Rechtsradikale und Faschisten hatten sich auf der Straße vom Flughafen Pudahuel in die Innenstadt zusammengerottet, um dem in ihren Augen ungebetenen Gast sowie den ihn begleitenden Angehörigen der us-Botschaft den Weg nach Santiago zu versperren. Den Haß der regimetreuen Chilenen hatte sich Kennedy dadurch zugezogen, daß er in Anbetracht der massiven Menschenrechtsverletzungen unter General Pinochet im us-Kongreß das Waffenembargo gegen dessen Militärjunta vorschlug. Dieser Mann wagte es nun, nach Chile zu reisen - und das auch noch mit der offen vorgetragenen Absicht, die dortige Opposition zu Gesprächen zu treffen. Da hatte er doch wirklich nichts anderes verdient als wüste Beschimpfungen und den Beschuß mit Steinen, Eiern und Tomaten...

Das muß wohl auch der Gedanke von Augusto Pinochet gewesen sein. Daß der von blutrünstigen Sprüchen garnierte Auflauf seiner bedingungslosen Anhänger ganz im Sinne der regierenden Militärjunta war, verdeutlichte nicht nur das Verhalten der Polizei, die nicht einmal einschränkt, als Jungfaschisten den Wagen eines führenden Vertreters der Chilenischen Menschenrechtskommission, Máximo Pacheco, mit Steinen bewarfen und dabei deren Vorsitzenden, Jaime Castillo Velasco, verletzten (bei friedlichen Aktionen Oppositio-

neller dagegen reagiert dieselbe Polizei bekanntlich sehr schnell mit dem Einsatz von Gummigeschossen, Knüppeln, Fäusten und natürlich Verhaftungen).

Pinochet selber hatte kein Hehl daraus gemacht, daß der us-Senator ein ungebetener Gast war, es gab keinerlei offizielle Begrüßung, kein Regierungsverantwortlicher wollte ein Gespräch mit dem Mann aus dem mächtigen Land im Norden führen. Dies hatte sicherlich auch seinen Grund in der Tatsache, daß das State Department wenige Monate zuvor einen neuen Botschafter - Harry Barnes - nach Santiago entsandt hatte, der sich bemerkenswerterweise von den meisten seiner Vorgänger dadurch auszeichnet, daß ihm umfangreiche Kenntnisse über die Lage in Lateinamerika und Chile nachgesagt werden können.

Wegen seiner unverhohlenen Sympathie für die Unterzeichner des Acuerdo Nacional (A.N.) der Mitte-Rechts-Opposition sowie seines Kontaktes zu Menschenrechtsorganisationen und zum Solidaritätsvikariat (dem Pinochet in einem Interview mit der WELT jegliche



Auch Altkardinal Raúl Silva Henríquez traf mit Edward Kennedy zusammen

Glaubwürdigkeit abgesprochen hat) fiel Barnes - den der Staatschef gegenüber seinem Kabinett nur noch als "Einmischling" (meteete) bezeichnet - ebenso bei dem Regime in Unnade wie sein deutscher Kollege Holzheimer, der im Namen aller EG-Botschafter führende Vertreter der Demokratischen Allianz (AD) zu einem Informationsaustausch eingeladen hatte. Der zunehmende Druck aus dem

Ausland und besonders aus den Vereinigten Staaten entlockte Pinochet die Feststellung, Chile sei "keine Kolonie von irgendjemand". Neben der grundsätzlichen Fragwürdigkeit dieser Behauptung in Anbetracht vor allem der jüngeren chilenischen Geschichte läßt diese Äußerung nur den Schluß zu, daß die Osterinsel, die von den USA als potentieller Stützpunkt für ihr Star-Wars-Programm ausserkoren und ihnen ohne jeglichen Widerstand von den chilenischen Militärs überlassen wurde, ja wohl nicht zu Chile gehören kann.

AUS FÜR DEN ACUERDO NACIONAL

Im Hinblick auf die Sicherung der eigenen Interessen in Südamerika ist das derzeitige Vorgehen des State Department zweifellos darauf ausgerichtet, die Möglichkeiten eines mittel- oder langfristigen unvermeidlichen Machtwechsels in Chile verstärkt auszuloten. Ganz neu ist diese Politik jedoch nicht, außerdem ist fraglich, ob sie in dieser us-Regierung insgesamt mehrheitsfähig sein kann. Und vor allem hat das entscheidende Hindernis für eine Demokratisierung à la Argentinien, Uruguay, etc. eher noch an Gewicht gewonnen: die chilenische Linke.

Ganz im Sinne der Sondierung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse traf Kennedy in Santiago mit etwa 120 Vertretern aus Politik, sozialen Organisationen und Kirche zusammen, die das Spektrum der chilenischen Öffentlichkeit repräsentierten, die nicht eindeutig hinter dem Pinochet-Regime steht; dessen bedingungslose Anhänger hatten sich, so muß man wohl annehmen, vollzählig auf der Straße versammelt, um Kennedy mit Eiern, Tomaten und Steinen ihren Freiheitsbegriff vor Augen zu führen.

Die politischen Sympathien des Kongreßabgeordneten entsprachen denen des us-Botschafters: Kennedy will den Acuerdo Nacional mit aller Kraft unterstützen. Dies war wohl weniger als ganz konkrete Option für dieses Papier zu verstehen, das von der Junta nun endgültig vom Tisch gefegt wurde und damit seine politische Wirkung vorerst verloren hat: gegenüber einigen Vertretern rechter Parteien aus dem Unterzeichnerkreis des Acuerdo, die auf eigene Faust und ohne Unterstützung der übrigen Gruppierungen zur Moneda gezogen waren, hatte Pinochet kurz vor Weihnachten unmißverständlich geäußert, dieses in letzter Zeit vor allem von den Rechten an sich gerissene Papier stelle keinerlei Gesprächsgrundlage für ihn dar, da er nicht daran denke, von seinem vorgefaßten Weg der "beschützten Demokratie" abzuweichen.

Dennoch fällt auf, daß diese endgültige und mit dementsprechender Selbstsicherheit vorgetragene Ablehnung des Acuerdo, der lange

Zeit von einigen Beobachtern als entscheidender Schritt auf dem Weg zur Einigung der Opposition angesehen wurde (obwohl oder gerade weil er große Teile der Linken ausschließt), verhältnismäßig lange auf sich warten ließ. Es drängt sich der Verdacht auf, daß es Pinochet doch etwas Mühe gekostet hat, seine Position innerhalb der Armee wieder ausreichend zu festigen. Schließlich war der Acuerdo sehr milde mit den Streitkräften und ihren Vertretern umgegangen. Die Stoßrichtung dieser regelrechten Anbiederung war klar zu erkennen: das chilenische Offizierskorps sollte nicht nur von der "Seriösität" der Mitte-Rechts-Opposition überzeugt werden, sondern vor allem zu der Einsicht gelangen, daß die Entmachtung von nur ein, zwei oder drei führenden Militärs einen relativ gefahrlosen und geordneten (Ordnung steht auch beim chilenischen Militär an erster Stelle) Übergang zu einem demokratischeren und daher weniger explosiven Zustand ermöglichen würde. Gleichzeitig wurden von Pinochet-müden Putschistenkreisen (um den früheren, vom heutigen Staatschef entmachteten Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Gustavo Leigh, der kein Hehl aus seiner Sympathie für die Vorstellungen des Acuerdo gemacht hatte) das späte Hinzustoßen des "Generalkapitäns" zur Gruppe der aufständischen Militärs sowie sein zögerliches oder gar feiges Verhalten kurz vor dem 11. September 1973 in Erinnerung gerufen, um die jetzige Machtposition des chilenischen Diktators grundsätzlich in Frage zu stellen. Doch Pinochet hat diese in erster Linie für ihn gefährliche Entwicklung erkannt und auf die gleiche Art gebannt, wie



Pinochet und die Armee: können die Äußerungen führender Militärs nach der Ablehnung des Acuerdo Nacional noch ernst genommen werden?

er sich schon mehrmals über ernstzunehmende Krisen hinweggerettet hat: General Benavides zum Beispiel, der einen allzu gewagten Schritt in Richtung auf das Unterzeichner-Spektrum unternommen hatte, ist entmachtet, der heutige Luftwaffenchef Matthei, ebenfalls ein Fürsprecher des Acuerdo in der Junta, ist offensichtlich wieder auf Linie gebracht und vertritt spätestens seit seinem Auftritt in Puerto Montt wieder die harte Linie. Auch die Gerichtsverfahren gegen Geheimdienstler, die u.a. des Mordes an drei Kommunisten im März des vergangenen Jahres beschuldigt wurden, endete vor kurzem mit der Aufhebung der Anklage durch den Obersten Gerichtshof; eine Bedrohung des Machtapparates der herrschenden Militärs in Chile auf juristischem Weg scheint vorerst abgeblockt zu sein, das Regime ist sehr auf eine Beilegung des schwelenden Konflikts zwischen CNI (dem Geheimdienst der Armee) und der Bereitschaftspolizei bedacht.

So konnte es sich Pinochet schon am Heiligen Abend erlauben, den geistigen und geistlichen Vater des Acuerdo Nacional, Kardinal Juan Francisco Fresno, in einer Form zurechtzuweisen und abzukanzeln, die man nur als unverschämt bezeichnen kann. Ob sich diese erneute Demütigung des Oberhirten der chilenischen Kirche durch Pinochet in einer entscheidenden Änderung seines Vorgehens niederschlagen wird, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen eher fraglich..



Kardinal Fresno auf dem Weg in die Moneda

DIE CHRISTDEMOKRATIE UND DIE RECHTE

Das entscheidende Eintreten von Senator Kennedy für den Acuerdo Nacional muß aufgrund der objektiven Bedingungen vor allem als politische Standortbestimmung verstanden werden. Die Äußerungen des nordamerikanischen Abgeordneten enthielten auf jeden Fall eine klare Botschaft an die führende Christdemokratie, deren seit dem Putsch von 1973 andauernde, stille Hoffnung, einmal die Macht auf einem silbernen Tablett serviert zu bekommen, in Anbetracht eines so mächtigen potentiellen Bündnispartners wie den USA genährt worden sein dürfte. So wird sich die wankelmütige Democracia Cristiana weiterhin zwischen dem zunehmenden Protestpotential der Parteibasis, die auf verstärkte Aktionseinheit mit der Linken setzt (im Moment scheint diese Position wegen des Schicksals des Acuerdo Aufwind zu bekommen), und der Vorliebe ihrer führenden Politiker für Verhandlungen und Bündnisse mit der Rechten hindurchlavieren.

Die Rechten, das sind die Demokratiefeinde von damals, die sich zunehmend um ein demokratisches Image bemühen. Es ist heutzutage in Chile die an sich erfreuliche Tendenz festzustellen, daß immer mehr Ratten das angeschlagene Schiff von General Pinochet verlassen. Dabei ist jedoch ein Trend zu beobachten, der vor allem in Anbetracht des bisweilen bis zur Selbstverleugnung gehenden politischen Opportunismus chilenischer Christdemokraten zu Skepsis gegenüber einer demokratischen Zukunft in diesem südamerikanischen Land Anlaß gibt.

So hat mittlerweile auch die lange Zeit als engste Mitarbeiterin Pinochets geltende frühere Erziehungs- und Justizministerin, Mónica Madariaga, ihrem Cousin und seinem Regime den Rücken gekehrt. Sie kam in das Kabinett, weil Pinochet "jemand brauchte, der sich in Rechtswissenschaft auskennt". Auf ihre Verantwortung gehen große Teile des juristischen Apparates für die Repression zurück, auch wenn ihr nicht für alle während ihrer Amtszeit erlassenen Gesetze auch die geistige Urheberchaft unterstellt werden kann, wie sie auch selber betont. So tragen das Amnestiegesetz für die Mörderer und Folterer des Militärregimes, das restriktive Arbeitsgesetz des Plan Laboral und die Auflösung der Arbeitgerichte ebenso ihre Handschrift wie die Einführung nahezu unbezahlbarer Studien- und Schulgebühren.

Seit einem Jahr geht Mónica Madariaga auf Distanz zu Pinochet, und nun hat sie sich in der wohl bedeutendsten und dezidiertesten Oppositionszeitschrift ANALISIS zu Wort gemeldet. Das Interview, das in Chile auf ein ungeahntes Echo stieß, ist durch den aufdringlich wirkenden Versuch der langjährigen Vertrauten Pinochets gekennzeichnet, ihr Image vor der chilenischen Öffentlichkeit aufzupolieren; dazu bedient sie sich einer Mischung aus psychologischen Erklärungen und der dreisten Unterbewertung ihrer eigenen Rolle, die jedem Opfer des Militärregimes offen ins Gesicht

schlagen muß (der vollständige Wortlaut des Interviews ist in der deutschen SOLIDARIDAD nachzulesen, die von der Katholischen Studentengemeinde Münster herausgegeben wird).

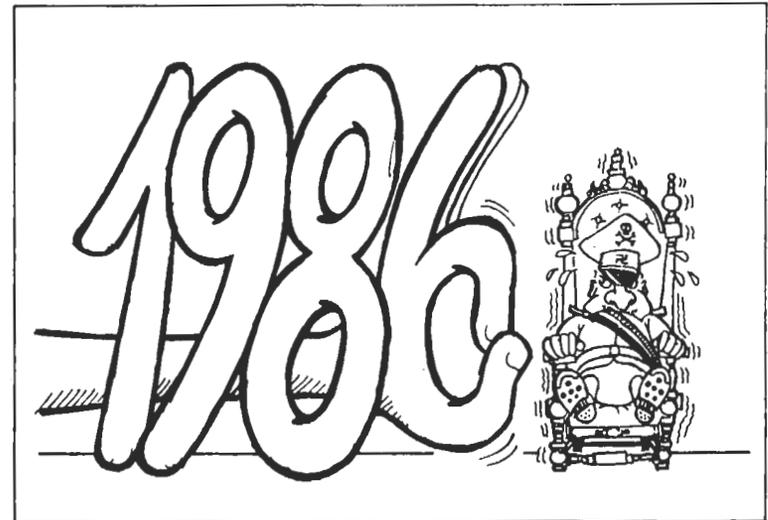
Frau Madariaga scheint zweifellos die Zeichen der Zeit erkannt zu haben, schließlich macht sie auch gar kein Hehl aus ihrer Absicht, in Zukunft wieder eine führende Rolle in der Politik zu len: dazu müssen beizeiten die Wege geebnet werden.



Mónica Madariaga und ihr Cousin Augusto Pinochet in (gar nicht so fernen) Zeiten, als sie sich noch sehr einig waren

Ähnliche Vorstellungen haben wohl auch die alten Kämpfer der Nationalpartei (PN), die im Moment allerdings erst einmal in ihren eigenen Reihen - sprich der traditionellen Rechten in Chile - Boden gutmachen müssen, denn ausnahmsweise wütet der Spaltpilz im Augenblick weniger unter den Linken als innerhalb der Rechten. Der frühere "Dialog"-Minister Pinochets, Sergio Onofre Jarpa, der sich ohnehin schon des öfteren den Ärger seiner Parteifreunde zugezogen hatte, konnte in Zentralchile die Fusion der Ortsverbände der Nationalpartei und der "Bewegung der Nationalen Einheit" (MUN), einer faschistoiden Abspaltung der PN, erreichen, deren ehrgeiziges Ziel die Wiedervereinigung der alten Nationalpartei ist. Diese Entwicklung ist den konservativen Nationalisten ebenso suspekt wie der politische Führer dieser neuen Koalition, und so

nutzten sie den Kennedy-Besuch, um sich deutlicher als bisher vom Regime abzugrenzen. Sie sprachen mit dem us-Senator, was ihnen vermutlich schwerer gefallen sein dürfte als die Unterzeichnung des Acuerdo Nacional. Indem sie sich vom MUN, den man als zivilen Arm der Militärjunta bezeichnen kann, und den gewalttätig gegen Kennedy protestierenden, offen faschistischen Grüppchen abgesetzt hat, konnte die PN die Stippvisite des nordamerikanischen Politikers, deren langfristige Bedeutung sie wohl zutreffender eingeschätzt haben als die regierenden Militärs, eindeutig zu ihren Gunsten nutzen. Nicht nur der gesamten Mitte-Rechts-Opposition hat sie sich nachdrücklich als ernstzunehmender Partner präsentiert, sondern vor allem dem mächtigen Land im Norden des Kontinents als nicht zu übersehender Machtfaktor im demokratischen Spektrum Chiles. Das wird denn auch langfristig nicht ohne Folgen bleiben, schließlich haben die Vereinigten Staaten bei ihren Verbündeten noch nie auf eine auch nur halbwegs akzeptable demokratische Vergangenheit Wert gelegt.



1986 - DAS JAHR DER ENTSCHEIDUNG (!?)

Große Töne waren in den letzten Monaten des vergangenen Jahres von der chilenischen Opposition zu hören, obwohl sich der überwiegende Teil der "gemäßigten" Gegner Pinochets mit dessen Herrschaft bis 1989 abgefunden zu haben schien. Der DC-Vorsitzende Gabriel Valdés hatte am 21. November auf jener denkwürdigen Massendemonstration im O'Higgins-Park in Santiago 1986 zum "Jahr der sozialen Mobilisierung" ausgerufen. Rodolfo Seguel, der Vorsitzende des Nationalen Arbeiterkommandos CNT und Parteifreund von Valdés, hat ebenso wie sein Gewerkschaftskollege José Ruiz di Giorgio für die kommenden Monate eine landesweite Streikbewegung angekündigt, die sich nicht auf 24 Stunden beschränken soll; als

Termin ist Ende März im Gespräch. Von den Parteien des Linksbündnisses MDP (Demokratische Volksbewegung) wird der Streikaufruf des CNT als Testfall für die Ernsthaftigkeit des Schwenks der christdemokratischen Opposition betrachtet, die ja nun wieder verstärkt auf Massenmobilisierung setzen wollen. Dies äußerte der MDP-Vorsitzende José Sanfuentes vor kurzem auf seiner Europa-Tournee, bei der er auch das ehrgeizige Ziel formulierte, in diesem Jahr nun endlich Pinochet zu stürzen; 1985 sei das Jahr des Kampfes gewesen, und die Massendemonstrationen vom vergangenen November gäben Anlaß zur erfolgreichen Fortführung des Widerstandes breiter Bevölkerungsschichten.

Man kann die chilenische Linke um diesen so oft vorgetragenen Optimismus nur beneiden. Ankündigungen über den nahenden Sturz des chilenischen Diktators sind schon mehrmals verbreitet und alsbald wieder begraben worden. Der Druck der immer tiefer in der Strudel der sozialen und ökonomischen Krise hineingezogenen Bevölkerung auf das Regime nimmt zweifellos zu, doch Chile kurz vor einem Machtwechsel oder gar in einer vorrevolutionären Phase zu wähen ist sicherlich unangebracht. Dazu stehen nicht zuletzt auch die Streitigkeiten innerhalb der Opposition nach wie vor zu stark im Vordergrund. Der MDP tut sehr gut daran, die von der Christdemokratie angekündigte, verstärkte Massenmobilisierung kritisch zu betrachten und erst einmal an konkreten Ereignissen messen zu



Lassen sich in diesem Jahr die großen, parteiübergreifenden Massendemonstrationen wiederholen?

wollen; wer weiß, vielleicht hält Pinochet eines Tages ein neues Dialogangebot für opportun, und dann steht die Linke wieder allein auf Santiagos Straßen. Eine Aufforderung der Linkskoalition zur verstärkten Zusammenarbeit ist jedenfalls bis heute nicht von der Demokratischen Allianz, an die der entsprechende Brief Ende letzten Jahres gerichtet war, beantwortet worden. Nur einzelne Parteien aus diesem Bündnis haben darauf reagiert, wobei die Reaktion der Christdemokraten überaus zurückhaltend war: Um der MDP offiziell nicht allzu auffällig in die Arme zu fallen, wird einmal mehr die theoretische und von der realen Situation abgehobene Gewaltdiskussion vorgebracht – und das im klaren Widerspruch zu früheren Grundsatzserklärungen der DC.

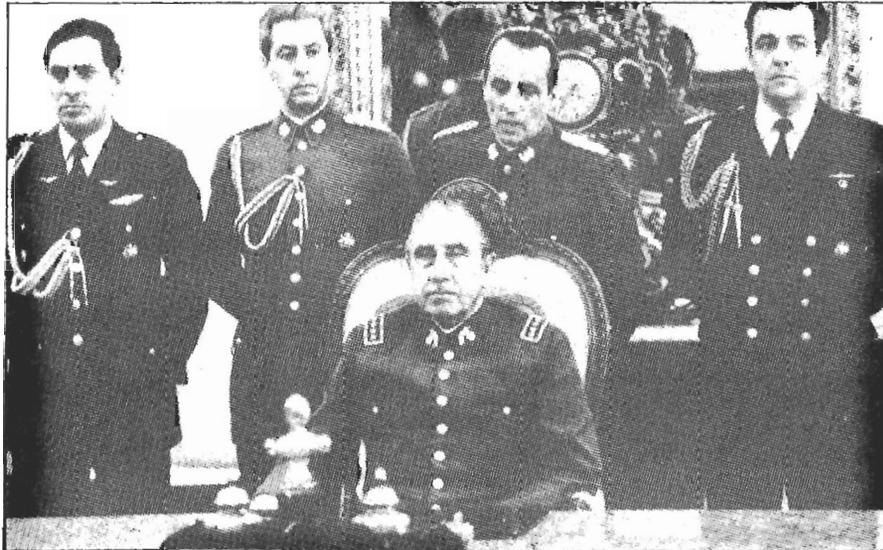
Auch die Einigungsbestrebungen der verschiedenen Fraktionen der Sozialistischen Partei hinter dem Projekt der "Sozialistischen Bewegung Salvador Allende" ist in Anbetracht der Entwicklung der vergangenen Jahre eher mit Skepsis zu betrachten. Positiv zu bewerten ist in diesem Zusammenhang allerdings die von der Vollversammlung des Sozialistischen Blocks (BS) beschlossene "Überwindung" dieses politisch zwischen AD und MDP anzusiedelnden Partei-einbündnisses, die den Weg zu einer umfassenderen Koalition freimachen soll. Bisher ergingen sich die Politiker dieser gemäßigten



Ein Teil der Unterzeichner des "Manifestes für Freiheit und Demokratie", der ersten öffentlichen Stellungnahme der Intransigencia Democrática. Diese Bewegung, die sich als Sprachrohr aller unterschiedenen Pinochet-Gegner versteht, besteht aus Vertretern aller Linksparteien sowie Teilen der bürgerlichen Opposition

Linken allzu gerne in ideologischen Auseinandersetzungen mit den MDP-Parteien, was sicherlich eng mit dem latenten Zwang zur Rechtfertigung der eigenen Existenz der ehemaligen DC-Abspaltungen verbunden war. Von besonderer Bedeutung ist es nun nach Äußerungen eines führenden Mitglieds der Christlichen Linken (IC), die Vorstellung von den "beiden Linken" in Chile aus der Welt zu schaffen. Diese neue Politik kann bereits konkrete Ergebnisse aufweisen: Zusammen mit allen Parteien des MDP (MIR; PC; PS Almeyda, CNR, 24. Kongreß) und anderen politischen Gruppierungen sowie einzelnen Persönlichkeiten aus dem christdemokratischen Spektrum steht der Sozialistische Block hinter der Intransigencia Democrática (Demokratische Unnachgiebigkeit), deren Zielsetzung die Einigung aller bedingungslos gegen Pinochet kämpfenden Kräfte ist.

Nicht zuletzt in Anbetracht der sich - wenn auch behutsam - abzeichnenden Annäherung der entschieden gegen das Regime eintretenden Oppositionsbewegungen wird vor allem von den rechten Anhängern des Acuerdo Nacional ein interessantes Argument ins Feld geführt: Die verstärkte Massenmobilisierung würde andeutungsweise entstandene Risse innerhalb der Armee kitten helfen und das Offizierskorps Pinochet wieder stärker in die Arme treiben. Sicherlich fürchtet ein chilenischer Militär nichts mehr als den "Mob" auf der Straße, und es mag sein, daß die Ankündigung zunehmender



1983 mußte Pinochet dem Druck der Volksbewegung nachgeben. Kann er 1986 gelassener entgegensehen?

Massenmobilisierungen einige Offiziere veranlaßt hat, wieder dichter hinter Pinochet Stellung zu beziehen. Doch aus diesem Grund auf den Widerstand und die politische Einflußnahme der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit verzichten zu wollen - was ja glücklicherweise unter den gegebenen Umständen im heutigen Chile gar nicht mehr möglich ist -, zeugt wohl eher von einer elitären Einstellung als von einem vorrangigen Interesse an der Überwindung des Militärregimes.



Auch bei den Streikaktionen und Demonstrationen der Mediziner waren massive Polizeikräfte im Einsatz

Alle Erfolge der Opposition, alle auch noch so kleinen Freiheiten mußten der Militärregierung in zähen Auseinandersetzungen abgerungen werden. Entscheidenden Einfluß hat dabei der aktive Widerstand der Bevölkerung, der Ende 1984 ja nur durch radikales militärisches Vorgehen und Verhängung des verschärften Ausnahmezustands vorerst gebrochen werden konnte. Das Regime nutzt die traditionell das Land entpolitisierende große Sommerpause, um wichtige Funktionsträger oppositioneller Berufsverbände (so wurde z.B. der neugewählte Präsident der Ärztekammer, der Hämatologe Ricardo Vacarezza, trotz erheblichen Personalmangels in dieser Fachrichtung wegen angeblicher Überbelegung entlassen) und Studentenvertreter unter Druck zu setzen und mundtot zu machen. Auch wurden die Aktions- und Arbeitsmöglichkeiten der Kupfergewerk-

schaft CTC durch eine Anweisung der Arbeitsbehörde erheblich beschnitten, was den Vorsitzenden Seguel zu der wütenden Äußerung veranlaßte: "Wenn sie Krieg wollen, sollen sie ihn haben".

Ob das repressive sommerliche Vorgehen des Militärregimes die Opposition ihrer führenden Köpfe berauben und entscheidend zurückwerfen oder aber ihre Entschlossenheit wirklich stärken kann, wird letztendlich danach zu beurteilen sein, inwieweit der Generalkapitän erneut gezwungen sein wird, auf eine Verschärfung des Ausnahmezustands zurückzugreifen. Daß Pinochet die Macht nie und nimmer freiwillig aus der Hand geben wird, bezweifelt niemand. Doch wird nicht nur der MDP mit Recht darauf hinweisen, daß "Baby Doc" Duvalier, bis vor wenigen Tagen einer der aussichtsreichsten Rivalen von Pinochet um den Rang des meistgehaßten Diktators auf der Welt, seine Herrschaft über den Inselstaat Haiti wohl auch nicht freiwillig aufgegeben hat...

(Quellen: ANALISIS 118-128, SOLIDARIDAD AUF DEUTSCH Nr. 72-74)

Wieder eine Wende in der deutschen Politik?

Die Politik der Regierung Kohl gegenüber der Pinochet-Diktatur zeichnet sich weder durch besondere Kohärenz noch durch Kontinuität aus.

Vor einiger Zeit berichtete der "Spiegel" (Nr. 18/1985):

"Die Generäle von Chile dürfen auf politische und moralische Unterstützung aus Bonn setzen"

und

"Bonn will die Junta künftig weder mit wirtschaftlichen Sanktionen noch mit weiteren 'Protesterkklärungen' verärgern"

und beschrieb die Übereinkunft, die verschiedene konservative Regierungen in Europa mit der Reagan-Administration darüber getroffen haben, die von der Pinochet-Diktatur versprochene 'Demokratisierung' zu unterstützen.

Wenige Zeit später berichtete die Zeitschrift "Hoy" aus Santiago de Chile (Nr. 435 vom 18. November 1985) von einem Treffen der Botschafter der Europäischen Gemeinschaft mit Vertretern derjenigen oppositionellen Strömungen, die in der "Nationalen Übereinkunft für die Rückkehr zur Demokratie" (Acuerdo Nacional) zusam-

mengeschlossen sind. Bei diesem Treffen sagte der deutsche Botschafter in Santiago, Holzheimer, daß "die Außenminister ... der Europäischen Gemeinschaft ... der 'Nationalen Übereinkunft'... (ihre breite Unterstützung) ... ausgesprochen haben", und fügte wörtlich hinzu: "Wir, die Vertreter des demokratischen Europa, halten die Vereinigung der demokratischen Opposition in Chile für wichtig und aussagekräftig ..."

Seinerseits verurteilte der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, vor einigen Tagen die schweren Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der demokratischen Rechte, die die Regierung Pinochets begeht.

Die Grausamkeit der Pinochet-Diktatur scheint aber einigen Vertretern der deutschen Botschaft in Santiago entgangen zu sein; dies trotz der Ereignisse der letzten Zeit: den Morden an drei Oppositionellen im März 1985, der in Regierungskreisen herrschenden Korruption, aufgrund derer die Kirche und die gesamte Opposition ganz besonders die moralische Krise angeprangert haben, die die Krise verstärkt, die derzeit die chilenische Gesellschaft auf allen Ebenen erschüttert.

Tatsächlich stellte der Botschaftsrat der bundesrepublikanischen Botschaft in Santiago de Chile, Dietrich Lincke, in einem am 5.2. 1986 im Iberoamerikanischen Institut Berlin gehaltenen Vortrag über "Die Deutschen Einwanderer in Chile" die Lage in Chile ganz anders dar.

Dieser Herr Lincke vermied es nicht nur, auf die Nazis, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Chile emigrierten (so z.B. der SS-Verbrecher Walter Rauff), oder die "Colonia Dignidad" (*) einzugehen, sondern sprach auch in höchsten Tönen von den chilenischen Streitkräften, indem er deren 'Tugenden' und speziell die Tugenden ihrer Offiziere hervorhob.

Doch seine Bewunderung für die Pinochet-Diktatur kam auf ihren Höhepunkt, als er mit unbestreitbarer Befriedigung feststellte, daß die Deutschen "darauf stolz sein können" (!), daß von den vier Juntamitgliedern zwei deutscher Abstammung sind: der Chefkommandeur der Luftwaffe und derjenige der Carabineros (uniformierte Polizei).

Aus dem Publikum kam, zweifellos sehr diskret, die Frage an den Botschaftsrat nach dem deutschen Einfluß auf die Oppositionsparteien, worauf Lincke - oh heilige Diplomatie ! - zur Antwort gab, daß er sich nicht in die Innenpolitik Chiles einmische.

(*) deutsches Mustergut mit riesigen Ländereien in der Nähe von Linares (Südchile), auf dem politische Gefangene festgehalten und gefoltert wurden, vgl. LN-Sondernummer "Colonia Dignidad - der doppelte Skandal", 1980.

Chilenisches Tagebuch

Gestern abend, im Bus:

Neben mich setzt sich ein junger Mann mit einem großen Holzkasten voll Topfpflanzen und einer Plastiktüte. Er hat getrunken und ist gesprächig. Heute ist ein glücklicher Tag in seinem Leben, er erzählt mit feuchten Augen von seinen Freunden:

Sein elfjähriger Sohn soll mit der Schule ins Ferienlager ans Meer fahren, 6 Tage, seine erste Reise, die Stadt bezahlt alles, aber er hatte kein Handtuch, um sich am Strand abzutrocknen, und nun haben die Freunde eines besorgt, ein nagelneues, geblümtes, blau-grünes Handtuch, und der Junge kann ans Meer fahren, sich abtrocknen, vielleicht sogar schwimmen lernen.

Das ist Grund genug, glücklich zu sein, und ein paar Gläser der Freundschaft mit den Freunden zu trinken. Mindestens fünfmal packt der Mann das Handtuch aus, damit ich es bewundern kann, und macht mir vor, wie sein Kind sich damit abtrocknen wird.

Die Familie lebt davon, daß der Mann Topfpflanzen verkauft, er zieht mit seinem schweren Kasten durch die ganze Stadt, ist stolz auf seine Zucht. Er selbst sei nichts, sagt er, noch dazu betrunken heute, aber seine zwei Söhne sind gute Kinder, es soll was aus ihnen werden.

Als er hört, ich sei Lehrerin, bittet er mich, ihm doch etwas beizubringen, er möchte so gerne etwas lernen.

Pinochet, sagt er, sei der Papa von allen, der befiehlt, und alle müssen gehorchen, aber was er macht, nützt nur ihm selbst und nicht den Armen. Töten müsse man ihn. Als mir dieses Thema im Bus unheimlich wird und ich sage, er solle doch etwas vorsichtiger sein: Nein, er werde das ja nicht tun, aber ...

Aber das Wichtigste heute ist das neue Handtuch, mit dem sein Sohn morgen früh um 8 ans Meer fährt ...

* * * * *

Miguel und Maria haben einen behinderten Sohn, von dem wir nicht wissen, welche Krankheit er hat, denn er ist immer im Haus und wir haben ihn noch nie gesehen. Er besitzt einen alten unförmigen Rollstuhl, aber der kippt zu oft um, ist zu gefährlich. Sie wohnen in der letzten Straße vor den Hügeln, ganz am Ende der población.

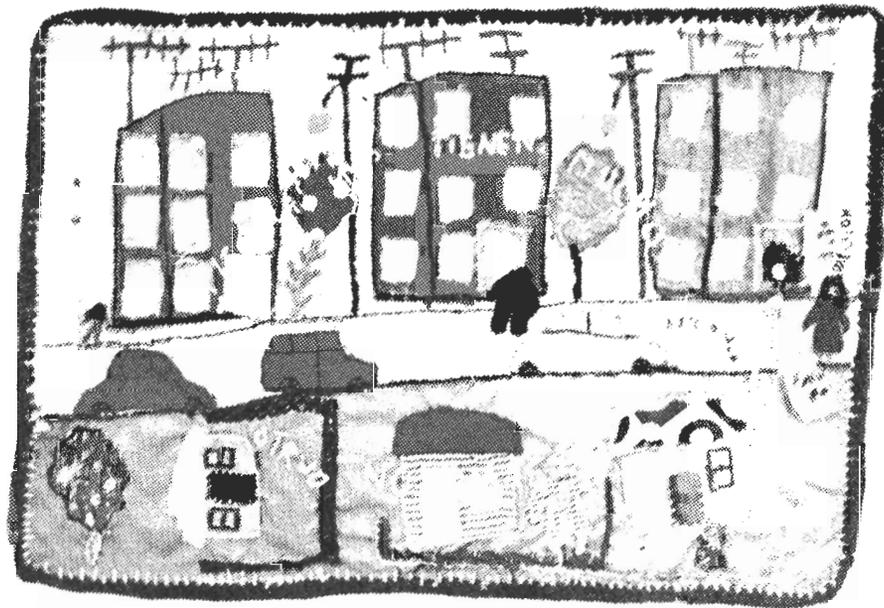
Bei der Teleton (vergleichbar mit "Ein Platz an der Sonne") könnten sie um Hilfe bitten, aber bis zu diesem Büro muß man drei verschiedene Busse und die U-Bahn nehmen, das kostet hin und zurück 330 pesos (DM 4,20) und das können sie keinesfalls bezahlen. Wenn sie eine Million Bustickets zusammensammeln, wird man ihnen dafür einen zusammenklappbaren Rollstuhl geben, mit dem der Junge auch mal im Bus mitfahren könnte, aber bisher haben sie erst 50000 Tickets gesammelt, und er ist jetzt schon fast 18.

Mit 18 Jahren bekommt er eine Rente von 3800 pesos (DM 47), das wird eine große Hilfe sein.

Der Rollstuhl hätte letztes Jahr 25000 pesos gekostet, dieses Jahr schon 29000.

Sie hoffen, ihn eines Tages zu bekommen.

Was sie mir anbieten können, als ich sie an diesem heißen Tag besuche, ist eisgekühltes Leitungswasser in ihrer schönsten, bemalten Tasse.



BOLIVIEN

Ende der Zinn-Ära

Durch den Zinn-Krach in London versiegt eine der wichtigsten Devisenquellen Boliviens. Der Zinn-Bergbau, wird zu einem großen Verlustgeschäft und dadurch werden die Bolivianer gezwungen, die längst fällige Diversifizierung ihrer Rohstoffökonomie einzuleiten. Allerdings sind die Bedingungen nicht günstig und es bleibt abzuwarten, wie die Regierung mit dieser Herausforderung umgeht.

DER ZINN-KRACH

Der 24. Oktober 1985 wurde nicht nur für den Zinn-Weltmarkt und die internationale Rohstoff-Politik zu einem Schlüsseldatum, auch für Bolivien haben die Ereignisse dieses Tages einschneidende Konsequenzen. Der Zinn-Handel an der Londoner Metall-Börse wurde eingestellt, weil der Manager des Ausgleichslagers (bufferstock) des internationalen Zinnrates seine Zahlungsunfähigkeit erklären mußte. Mit diesem Tag wurde das Internationale Zinnabkommen zunächst außer Kraft gesetzt und die Notierungen für den Rohstoff Zinn an den Börsen eingestellt, es gibt seither praktisch keinen "Weltmarktpreis".

Der Zinn-Krach vom Oktober hinterläßt deshalb einen so tiefen Schock, weil gerade dieses zweiseitige Rohstoffabkommen von vielen als beispielhaft hingestellt wurde, und über fast drei Jahrzehnte in dieser Form funktionierte. In der Tat ist es dem Zinn-Rat mit seinem Ausgleichslager durch Ankaufs- und Verkaufspolitik über weite Strecken gelungen, zu große Preisschwankungen zu vermeiden und den Preis - vor allem in den letzten Jahren trotz der weltweiten Rezession - relativ stabil zu halten. Aber gerade dabei hat sich der bufferstock-Manager übernommen. Es überstieg die Finanzkraft des Abkommens bzw. die Bereitschaft der Mitglieder, auf Dauer die Überproduktion vom Markt zu nehmen und in den Lagerhäusern verschwinden zu lassen. Insbesondere die Industrieländerregierungen des Abkommens - die diese Politik allerdings mitgetragen hatten, bis es zum Eklat kam - waren nicht länger bereit, diese Hochpreispolitik und die Anlegung eines Zinnberges weiter mit zu finanzieren (womit die selben Regierungen im Rahmen der EG-Agrarmarktordnung allerdings weniger Probleme haben).

Aus bolivianischer Sicht stellte sich das Zinn-Abkommen ohnehin schon seit langem nicht mehr so eindeutig positiv dar. Dies hatte die Regierung in Bolivien auch veranlaßt, das zur

Zeit laufende sechste Abkommen nicht mehr mit zu unterschreiben und ihm auch nachträglich nicht beizutreten. Gewiß, für Bolivien ist die Situation besonders extrem. Auf der einen Seite hängt das Land wie kein anderes Zinn-Exportland von den Deviseneinnahmen gerade für dieses Metall ab, und auf der anderen Seite werden die Erze in Bolivien am unwirtschaftlichsten gefördert. Da auch der Zinn-Rat, wie jedes Rohstoffabkommen mit einem weltweit einheitlichem Zinnpreis operiert, fällt der Ertrag solcher Abmachungen für Bolivien immer am geringsten aus. In den letzten Jahren deckten die Preise nicht einmal mehr die Kosten im staatlichen Bergbau.

AUS BOLIVIANISCHER SICHT

Trotzdem haben auch die bolivianischen Beteiligten gerade in den letzten beiden Jahren ihren Nutzen aus der Preisstabilisierungspolitik des Zinn-Rates gezogen, auch ohne selbst Mitglied zu sein und ohne einen finanziellen Beitrag zum Ausgleichslager zu leisten. Sicher wären die Preise ohne die Stützungskäufe schon früher gesunken, wodurch möglicherweise der jetzt zu erwartende Absturz der Preise umgangen worden wäre. In Bolivien vertraute man also trotzdem weiterhin auf den Zinn-Rat und stellte die offizielle Wirtschaftspolitik weitgehend darauf ab, indem der Bergbausektor als wichtigster Motor der Wirtschaft anerkannt und subventioniert wurde. Unterstützt wurde diese Politik vom Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Sanierungskonzept eine rasche Ausweitung der Exporte vorschreibt, und damit eher Flickschusterei forciert als längerfristige Strukturanpassungen zu begünstigen. Im Klartext heißt das, auch als der Bergbau nicht rentabel arbeitete, mußte man weiter auf ihn setzen, wobei der Devisenbewirtschaftung Priorität eingeräumt wurde, selbst wenn diese an sich unwirtschaftlich war. Es läßt sich leicht ausmalen, wie leicht es auch weltweit zur Überproduktion von Rohstoffen kommen kann, wenn der IWF dieses Standardschema allen Rohstoffexportländern vorschreibt.

DER BERGBAU AM ENDE

Wenn der Zinn-Weltmarkt nach seiner Ohnmacht, in die er im Oktober gefallen ist, aufwacht - und in nächster Zeit ist damit zu rechnen - wird es auch in Bolivien ein böses Erwachen geben. Das heißt, eigentlich wird nur festgeklopft, mit was bereits alle rechnen: der Preis wird auf längere Sicht nur noch etwa zwei Drittel, vielleicht aber sogar nur noch die Hälfte des Preises von 1985 sein, und mit dem kamen in Bolivien die meisten staatlichen und viele private Bergwerke schon nicht mehr zurecht.

Die Erkenntnis, die auch in Bolivien längst diskutiert wird, daß die Abhängigkeit vom Bergbau reduziert werden muß, hat sich bisher noch nicht praktisch niedergeschlagen; man

hat immer nur um den heißen Brei herumgeredet. Jetzt wird man gezwungen, die Abkehr vom Bergbau zumindest beim Zinn Wirklichkeit werden zu lassen. In drastischer Weise wird jetzt erneut deutlich, wie stark die Außenabhängigkeit der bolivianischen Wirtschaft ist. Jahrzehnte lang wurde die Bergbaupolitik quasi von außen vorgegeben und auch jetzt kommt der entscheidende Impuls für einen so einschneidenden Strukturwandel von außen. Der Zinn-Krach von London setzt sich verstärkt in Bolivien fort.



Vielleicht hängt letztendlich der Niedergang des Bergbaus auch mit dem mangelnden Vertrauen in die offizielle Wirtschaft zusammen. In Bolivien werden kaum noch längerfristige Investitionen vorgenommen und die Erforschung neuer Reserven ist ein besonders langfristiges Vorhaben, fünf Jahre sind die Untergrenze, bevor mit Einnahmen zu rechnen ist. In Wirklichkeit spielt der Bergbau seit einiger Zeit nicht mehr die zentrale Rolle in der Gesamtwirtschaft, die ihm die offizielle Regierungspolitik zuweist und die die amtlichen Statistiken und Wirtschaftsdaten nahelegen. Der Bergbau hat eben die Funktion, **offizielle** Devisen zu erwirtschaften, und selbst hierbei mußte er die Führungsposition an die Gas-Exporteure abgeben. Inzwischen ist - nach vorsichtigen Schätzungen - mindestens die Hälfte der ökonomischen Aktivitäten im Lande in den in-

offiziellen Bereich abgewandert und wird von keiner Statistik, aber auch von keiner Steuerbehörde erfaßt. Deshalb ist der Wert aller Wirtschaftsdaten zu Bolivien ohnehin sehr in Frage zu stellen. Amtliche und seriöse Gutachten beziehen heute Schmuggel und Drogenproduktion und -handel ganz selbstverständlich in ihre Wirtschaftsanalysen mit ein und erwähnen ganz sachlich - ohne dies bisher genauer quantifizieren zu können -, daß der Außenhandel zu immer geringeren Teilen auf offiziellen Wegen abgewickelt werde.

ZWANG ZU NEUER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Dominanz der "informellen Narcokratie" hat die Bergbaulobby, staatliche wie private, zurückgedrängt. Dies könnte als eine Entlastung der ganzen Branche gewertet werden, die jetzt nicht mehr die alleinige oder wichtigste Lokomotive der Wirtschaftsentwicklung spielen muß und kann. So gesehen kann der Schock von London auch als Chance gesehen werden, mit der Diversifizierung ernst zu machen. Die Chance wahrzunehmen ist zugleich eine Verpflichtung und eine schwere Hypothek, die wie jede Strukturveränderung soziale Härten mit sich bringt. Den Bolivianern bleibt in dieser Situation keine andere Wahl, aber es bleibt abzuwarten, und es sind bereits jetzt Zweifel angebracht, ob diese Regierung Paz Estenssoro dazu in der Lage und willens ist, eine neue Wirtschaftspolitik einzuleiten und die sozialen Härten, die entstehen, wenigstens teilweise aufzufangen.

Der Zwang, die seit langem verschleppte Diversifizierung der Wirtschaft jetzt wirklich anzupacken, ist dadurch gegeben, daß bei einem stark gesunkenem Zinnpreis viele Zinnbergwerke ihre Produktion einstellen müssen und der Bergbausektor insgesamt schrumpfen wird. Denn eine endlose Subventionierung ohne Perspektive kann sich Bolivien nicht leisten.

Sicher schneller als das vorgesehen war wird also der Planungsminister Bedregal auf den Punkt seiner - wie er es selbst nennt - Neuen Ökonomischen Politik (NEP) Bezug nehmen müssen, in dem er eine Änderung des Akkumulationsmodells fordert, das bisher zu sehr auf den Deviseneinnahmen des Bergbaus aufbaute, und er fordert verstärkte Konzentration auf den ländlichen - vor allem kleinbäuerlichen - Bereich. Die jetzige Situation erfordert nicht nur verstärkte Anstrengungen, sondern verlangt der Regierung einiges an Kreativität ab. Schon kurz nach dem Zinn-Krach meldete Bedregal vorsorglich Bedenken an, ob das Stabilisierungsprogramm Erfolg haben kann, da die Einnahmen aus den Mineralexporten für die Finanzierung fest eingeplant waren.

In der Tat sollte es idealtypischerweise in einer Rohstoffökonomie so sein, daß die Gewinne aus der Rohstoffbranche für den Aufbau anderer wirtschaftlicher Aktivitäten verwandt wer-

den und damit für eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis sorgen. Nur in vielen Fällen fallen entweder keine Gewinne an, wie für Bolivien beim Zinn und anderen Erzen in zwischen, oder sie stehen den Ländern nicht zur Verfügung, weil die Handelsgesellschaften oder internationalen Konzerne diese abschöpfen. Aber auch in Zeiten hoher Exporteinnahmen und Gewinne, z.B. während des Rohstoffbooms der siebziger Jahre wurden so gut wie keine produktiven oder wirtschaftlich sinnvollen Investitionen in Bolivien vorgenommen. Diese Möglichkeit hat sich jetzt ins Gegenteil verkehrt und ist zu einem Zwang zu schnellem Handeln geworden.

ERWARTUNGEN AN DIE REGIERUNG

Bisher sind allerdings keine konkreten Vorstellungen bekannt geworden, wie die unumgänglichen Alternativen aussehen können und welche Wirtschaftsbranchen wie zu einer neuen und zusätzlichen Akkumulationsbasis werden können, obwohl man sich seit über einem Viertel Jahr auf die neue Situation einstellen muß. Man muß sich fragen, ob die Auflösung des Staatskonzerns im Bergbau COMIBOL und seine Aufteilung in vier regionale staatliche Unternehmen wirklich zur Problemlösung beiträgt und die ineffiziente aufgeblähte Bürokratie abbaut, oder ob es sich eher nur um eine organisatorisch-administrative Umstrukturierung handelt. Sicher sind vier Unternehmen weniger potente politische Akteure, die sich notfalls auch gegeneinander ausspielen lassen. Von der wirtschaftlichen und politischen Macht eines Gesamtkonzerns COMIBOL kann ja gerade dieser Minister Bedregal, der sie auflösen will, ein Lied singen; denn er war fast die gesamte MNR-Zeit, nämlich von 1954 bis 1964 Präsident dieser COMIBOL. Darüber hinaus kann Bedregal auf entscheidende Erfahrungen zurückgreifen bei der Sanierung von Staatsbetrieben und bei der Mitwirkung an wirtschaftlichen Diversifizierungsprogrammen. Man darf deshalb gespannt sein, was diese Regierung da zu bieten hat.

Auf jeden Fall bleibt zu hoffen, daß die MNR-Politiker aus ihren gravierenden Fehlern gelernt haben. Denn schon einmal wollte Paz Estenssoro der Wirtschaft des Landes ein zusätzliches starkes Bein verschaffen, indem er nach 1952 im Osten des Landes um Santa Cruz die Agroindustrie förderte und dabei den Bergbau nicht entlastete, sondern durch verstärkten Kapitalabzug zusätzlich belastete. Immerhin sind in der NEP die Kleinbauern als Nutznießer und Zielgruppe besonders hervorgehoben.

So einfach und schlüssig, wie es sich anhört, ist dieser Strukturwandel natürlich nicht. Die größte Herausforderung für diese Regierung sind die unmittelbaren Folgen für alle direkt von Bergwerksschließungen Betroffenen. Der Preisverfall des Zinn und die wegen der Preisunsicherheit stark zurückge-

gangenen Umsätze der letzten Monate werden auch im privaten Bergbau einige überhastete Produktionsstillegungen nach sich ziehen und bald auch die Zulieferbetriebe erreichen. Für einen Strukturwandel, der sukzessive neue Arbeitsplätze schaffen soll, braucht es mehr Zeit, als den Bolivianern jetzt zur Verfügung steht. Obwohl die Bergleute zu den durch Sozialgesetze besser abgesicherten Arbeitern Boliviens zählen, wird ohne ein umfangreiches Sozialprogramm der Regierung viel neues Elend entstehen. Am schwersten wird es aber alle diejenigen treffen, die nicht formal angestellt sind, aber trotzdem vom Zinn leben. Vielleicht flüchten sich aber auch gerade jetzt viele in die sogenannte Selbstständigkeit, weil die Zinn-Kooperativen deshalb rentabler arbeiten können, da sie fast kein Kapital einsetzen. Die Sanierungsprogramme, denen Bedregal vor 25 Jahren COMIBOL unterzog - insbesondere der berühmte Dreiecks-Plan - zeichneten sich durch besondere Arbeiterfeindlichkeit aus. Aus Rentabilitätsgründen wurden viele damals entlassen - ohne ein Auffangprogramm. Vielleicht fühlt er sich als Planungsminister mehr dem Gemeinwohl als den wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens verpflichtet. Die bisherigen Aktivitäten der Regierung deuten darauf hin, daß die wirtschaftliche Gesundung des Landes Vorrang hat vor der wirtschaftlichen Gesundung seiner Bewohner. Die vollkommene Freigabe aller Preise ohne jegliches soziale Auffangnetz ist bisher wenig dazu angetan, die zusätzlichen Härten der erzwungenen Strukturveränderung aufzufangen.



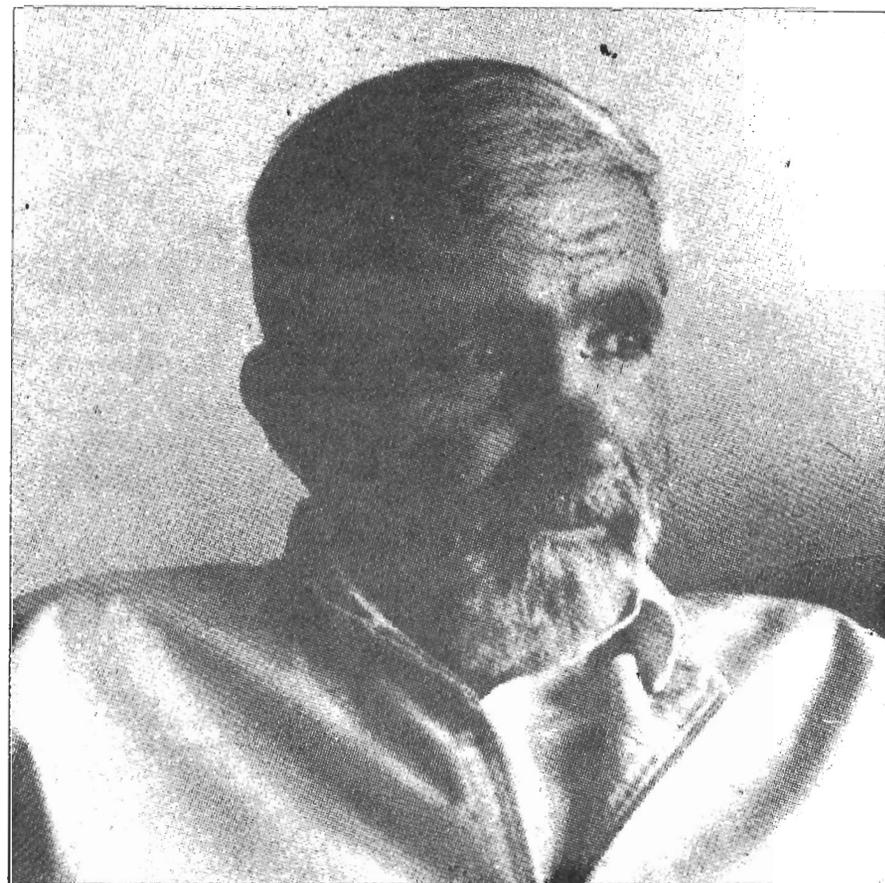
URUGUAY

Raúl Sendic spricht für die Tupamaros

Die seit drei Monaten existierende Wochenzeitschrift BRECHA, die in Montevideo die lange Tradition der von den Militärs geschlossenen linken politisch-kulturellen Wochenzeitung MARCHA wiederaufnehmen will, hat Mitte Januar das erste Interview veröffentlicht, das Raúl Sendic, der legendäre Gründer und Führer der Tupamaros, nach 13 Jahren der Gefangenschaft und Folter gegeben hat. Die Erfinder der Stadtguerilla wollen heute alles tun, um die Demokratie in Uruguay zu verteidigen.

Carlos Fazio, der Interviewer von BRECHA, kann sein Erstaunen kaum verbergen: Ihm gegenüber sitzt ein liebenswürdiger Gesprächspartner mit dem Aussehen und dem Blick eines gütigen Großvaters, dem man nicht ansieht, daß er dreizehn Jahre in geheimen Gefängnissen, in Folterkammern, in Isolationshaft zugebracht hat. Dreizehn Jahre der Folter, die auf seine körperliche und seelische Zerstörung zielten. Raúl Sendic ist heute 59 Jahre alt. Sein grauer Bart verhüllt eine Narbe, die ihm bei seiner Gefangennahme Anfang 1972 zugefügt wurde. Unter Kiefer, Zunge und Hals wurden damals so in Mitleidschaft gezogen, daß Raúl Sendic erst in der letzten Zeit wieder mit dem normalen Sprechen hat anfangen können.

Raúl Sendic erholt sich gegenwärtig in Havanna/Cuba unter medizinischer Kontrolle von einer Leistenbruch-Operation. Entgegen seiner früheren Kamerascheu hat er sich sogar fotografieren lassen. Im folgenden dokumentieren wir die Zusammenfassung, die von dem langen Gespräch in BRECHA erschienen ist. Über die uruguayischen Militärs von heute sagt Sendic: "Sie haben sich mit einem großen Verlust an politischem Prestige zurückgezogen, aber sie behalten den Befehl über die Truppe." Die sich die "Macht der Gewehrläufe" vorbehalten, sehen in der aktuellen Phase einen vorübergehenden Rückzug und warten auf ihre Wie-



derkehr. Sie bilden die Mehrheit unter den Offizieren in den Kasernen. Und in den überdimensionierten Geheimdiensten. Während sich die putschistischen Kommandanten des Heeres eine noch schärfere Repression als die vorige vornehmen - "das nächste Mal töten wir zehntausend" -, handhaben sie gleichzeitig einen "Nasserismus", der, ausgehend von den Militärkommuniqués vom Februar 1973, fortschrittliche Maßnahmen auf Tapet bringt einschließlich der Nichtbezahlung der Auslandsschuld. Das heißt, daß sie in ihren Versammlungen Positionen beziehen, die mit der Prophezeiung von Fidel übereinstimmen, daß dieselbe Auslandsschuld, die die Militärs vertrieben hat, die Demokratie in die Krise bringen wird und die Militärs unter dem Etikett "Peruanistas" wieder an die Macht bringen kann.

Sendic sagt sich, daß es ihm und seinen alten Genossen vom MLN in diesen Tagen in Uruguay außergewöhnlich gut geht. "Man muß sich bewußt sein", sagt er, "daß die neuen Generationen von jungen Mitkämpfern Gegenstand genauer und minutiöser Registrierung durch die putschistischen Geheimdienste sein werden. Die Situation ist etwas anders als vor 15 Jahren, aber nicht sehr. Wie damals, als wir angefangen haben, müssen wir uns von neuem mit Realismus, Scharfsinn und schöpferischem Geist in die sozialen Kämpfe einfügen und die stereotypen Rezepte beiseitelassen. Und niemals dürfen wir uns in unserem Handeln vom Volk entfernen."

Die Tupamaros haben sich entschieden, den Weg der Öffnung mitzugehen. Sie haben sich in die neue, zerbrechliche Demokratie integriert. Ihre führenden Köpfe glauben, daß die Situation einen günstigen Rahmen für die Organisation, für die Stärkung des Massenbewußtseins und für die Bildung von Kadern abgibt. Und sie haben bekräftigt, daß "klar bleiben muß, daß, wenn diese Demokratie untergeht, das zu unserem Bedauern sein wird, daß wir mit unseren Worten und mit unseren Taten alles Mögliche tun werden, um sie zu verteidigen".

Frage: Bedeutet das die Absage an die Methode der Guerilla?

Raúl Sendic: Heutigentags ist die Guerilla eine vom internationalen und nationalen Recht zugelassene Institution, schon weil die Vereinigten Staaten sie in Nicaragua praktizieren und der US-Kongreß feierlich Gelder dafür bewilligt. Und all das wird vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geduldet, der auch noch weiterhin in den USA funktioniert. Die Methode der Guerilla bleibt gültig. Daß wir sie jetzt in Uruguay nicht benutzen, will nicht sagen, daß sie angesichts eines neuen Fortschreitens nicht gültig wäre, wenn das Volk danach verlangte, um sich gegen den Faschismus zu verteidigen.

Frage: Wie würden Sie die Regierung Sanguinetti definieren?

Raúl Sendic: Es ist eine von diesen Regierungen, die ihre Theatervorstellung machen, ohne energisch in der Wirtschaft oder überhaupt irgendwo einzugreifen, was bedeutet, daß die wirkliche Führung des Landes anderswo stattfindet. Immer ist sie bereit, die Ereignisse, die sich zur Verbesserung ihres Image anbieten, auszunutzen. Wenn es zum Beispiel viele Gewerkschaftskonflikte gibt, die durch die eigene Untätigkeit her-

vorgerufen sind, wird sie, weil sie weiß, daß diese Konflikte das Volk belästigen, von Gewerkschaftsreglementierung sprechen. Und in außenpolitischen Angelegenheiten wird sie irgendeine fortschrittliche Erklärung abgeben, die außerdem noch zum selben Thema verschieden ausfällt, wenn es einmal um Peru geht und das andere Mal um Ecuador. Eine sehr theatralische, zu theatralische Regierung ohne jede Spur eines Wandels in der Wirklichkeit des Landes.

Frage: Was ist in dieser Etappe das Ziel des regierenden Ensembles? Den Block zwischen den Bourgeoisien wiederzuerrichten, das Bündnis zwischen dem internationalen Finanzkapital und den nationalen produktiven Sektoren?

Raúl Sendic: Eine Regierung, die ein unbegrenztes Vertrauen in das freie Spiel der Wirtschaftskräfte hat, könnte da schwerlich etwas ausrichten. Bekanntlich ist zwischen dem Finanzkapital und den produktiven Sektoren auf Weltebene und in jedem Land ein wilder Kampf ausgebrochen. Zu sagen, daß dieser Kampf nur zwischen den Banken der entwickelten Länder (unterstützt von einigen von deren Regierungen) und der Dritten Welt stattfindet, bedeutet, das Problem nur sehr teilweise wahrzunehmen. Lateinamerika schuldet jenen Banken 360 Milliarden Dollar, aber die eigenen Landwirte in den USA schulden bereits 210 Milliarden Dollar, von denen 100 Milliarden als so wenig rückzahlbar betrachtet werden wie die lateinamerikanische Auslandsschuld. Das Problem ist hier, wer mit seiner Insolvenz zuerst kommt und in den Bankrott stürzt, wo doch schon verschiedene Landwirtschaftsbanken der Vereinigten Staaten Konkurs machen und einige der sehr großen Banken durch die Inlandsschuld bedroht sind. In Uruguay ist die Inlandsschuld, die sich auf 2,3 Milliarden Dollar beläuft, so unmöglich zu bezahlen wie die Auslandsschuld.

In den nächsten Monaten werden die Banken beispielsweise eine Million Hektar Ländereien und andere Unternehmen von gleichem Wert gerichtlich versteigern lassen, weil man kein gutes Gesetz zur Wiederfinanzierung der überschuldeten Unternehmen hat zustandekriegen können. Man hat gesagt, daß sich die Regierung zwischen Spekulanten und Produzenten für die ersten entschieden hat, aber in Wirklichkeit begünstigt dieses Nichteingreifen dieser liberalen Regierungen in 'die inneren Angelegenheiten' des Kapitalismus in der Wirtschaft immer die Haie, und die sind heute das Finanzkapital, das auf der Ebene der Länder und auf der

Ebene der Unternehmen jedes Landes alle anderen Sektoren versklavt hat.

Frage: Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet bedeutet die Regierung Sanguinetti also den Kontinuumismus, die Fortsetzung des Bisherigen als Programm?

Raúl Sendic: Ja. Auch weil sie außerdem die Betonung auf die Ausfuhren legt, wie das auch die Diktatur gemacht hat. Man muß hinzufügen, daß sie mit dieser ganzen bedauerlichen Politik schon im Scheitern begriffen ist. Das Bruttoinlandsprodukt ging 1985 um 2 bis 3 Prozent zurück, und die Ausfuhren sanken um 20 Prozent.

Frage: Welchen Charakter hat das Verhältnis der Regierung zur Gewerkschaftsbewegung angenommen? Oder beginnt nicht schon eine Regierungspolitik, die nicht mehr so auf Dialog und Vermittlung aus ist?

Raúl Sendic: Sagen wir vor allem, daß das Wort Dialog dasjenige ist, das dieser Präsident am häufigsten benutzt hat. Das liegt daran, daß er keine Parlamentsmehrheit hat und daß er mit der Opposition den Dialog führen muß, um irgendwelche Projekte voranzubringen oder zu bremsen - meistens wurde der Dialog zum Bremsen benutzt. Aus dem Weg gegangen ist er mit verschiedenen Entschuldigungen dem Dialog mit den Gewerkschaften, die die sogenannte Wirtschaftsvereinbarung der vier Parteien nicht unterschrieben haben und nun gründliche Maßnahmen wie die Verstaatlichung des Bankwesens, die Nichtzahlung der Auslandsschuld usw. fordern können. Mehr noch, sie hat die unvermeidlichen Konflikte, die diese Wirtschaftspolitik hervorbringt, dazu benutzt, das Volk als Konsumenten dem Volk als Produzenten zu konfrontieren. Wenn man auch nicht wegleugnen soll, daß sie dabei einigen Erfolg gehabt hat, so ist doch das wichtigste Ergebnis, daß Sanguinetti selbst nach allen in letzter Zeit veranstalteten Umfragen in der öffentlichen Meinung mehr als 20 Prozent der Stimmen eingebüßt hat.

Das ist schon gescheitert. Für dieses Jahr sah man ein Wachstum von 2 bis 4 Prozent vor, und das ist schon gescheitert. Niemand macht Investitionen, von denen er denkt, daß er sie mittelfristig zurückbekommen könne. Jeder Gewinn der Unternehmen geht in die Rückzahlung an die Banken, und die leihen nichts aus, weil die Unternehmen an die Grenze ihrer Verschuldungskapazität gestoßen sind. Die Regierungspartei gewinnt keine Anhänger im Volk und weniger noch bei den Arbeitern.

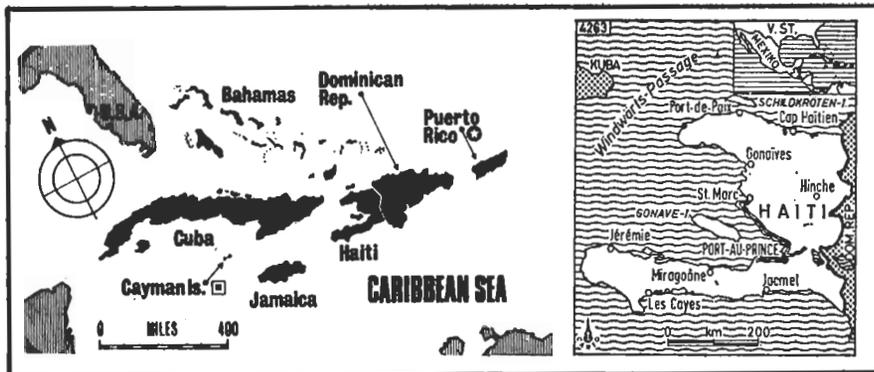
Auf die Frage nach der zukünftigen Bündnispolitik der MLN in dieser Etappe antwortet Raúl Sendic, daß ein Bündnis mit den gemäßigten Sektoren der Frente Amplio und einigen fortschrittlichen Sektoren der beiden traditionellen Parteien (Blancos und Colorados) zum Anfang ein wenig "quietschen" würde, daß es sich aber Tag für Tag vertiefe.

"Wir müssen auch", sagt er, "ein Bündnis mit Sektoren suchen, die aus Mangel an Geschmeidigkeit, Übermaß an Sektierertum und Anbetung des Apparats weniger flexibel sind. Ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei ist immer möglich unter der Bedingung, daß die 'exakte Distanz' eingehalten wird." Sendic glaubt angesichts der neueren Erfahrungen in Nicaragua und El Salvador, daß die Bündnisfronten zur Machtübernahme berufen sind und nicht die Parteien.



HAITI

Duvalierismus ohne Duvalier



Der von McNamara Anfang der siebziger Jahre als Saustall bezeichnete Inselstaat Haiti musste auf einmal ausgemistet werden. Gründe dafür gab es genug. Mit diesem Saustall, in dem Mißwirtschaft, Korruption, Folter und Willkür der Tonton Macoutes herrschten, stieß die Reagan-Administration auf den Widerstand der Demokraten im US-Kongress, wenn es darum geht, Gelder für die Contras in Nicaragua zu bewilligen. Mit diesem "Saustall" kann das US-Außenministerium seinen demokratischen Standpunkt sehr schlecht verteidigen, wenn man sich mit der Contadora-Gruppe demnächst an einen Tisch setzen will. Strategisch wird der Saustall äußerst wichtig sein, denn in den neunziger Jahren läuft der Guantanamo-Vertrag ab. Man mußte schnell handeln. Über das "wie" einigten sich die Außenministerien der USA und Frankreichs folgendermaßen: "Wir schütten das Kind ohne das Bad aus."

Die für den 31. Januar 1986 geplante Operation "Baby Doc" mußte zwangsläufig verschoben werden. Die Plumpheit der US-Diplomatie übertönte den französischen Charm. Ein Leck in den Informationskanälen zwischen der US-Botschaft und dem US-Außenministerium machte die Tonton Macoutes auf die geheimgehaltene Flucht der Duvaliers aufmerksam. Sie wollen in den Plan mit einbezogen werden. Der Plan mußte revidiert werden. Gerüchte, Dementis, Ein-Mann-Show des Duvalier beherrschten die politische Szene in der Hauptstadt Port-au-Prince. Unterdessen sorgten die USA für die Unterbringung einiger aufmüpfiger Tontons Macoutes. Frankreich übernahm



die Aufgabe, ein Asylsland für die Duvaliers austindig zu machen. Die Aufgabenteilung wurde bis zur letzten Stunde der Ära Duvalier aufrecht erhalten. Die USA stellten das Flugzeug zur Verfügung, Frankreich verfasste die Abschiedsrede Duvaliers.

OHRFEIGE FÜR DAS VOLK - HERAUSFORDERUNG FÜR DIE OPPOSITION

Unter den seit Monaten im US-Außenministerium gespeicherten Namen wurden 5 ausgewählt, die den Regierungsrat bilden sollen:

- Henri Namphy (55), Generalleutnant der Armee unter Duvalier, er hat 29 Jahre lang dem Duvalier-Regime gedient.
- William Regala (48), Generalinspektor der Armee, studierte Rechtswissenschaft, diente den Duvaliers 20 Jahre, fiel vor zwei Jahren in Ungnade und sympathisierte mit der christlich-sozialistischen Partei.
- Max Vales (46), Oberst der Präsidentengarde, diente dem Regime über 20 Jahre lang und gilt als einer der treuesten Duvalieristen.
- Alix Cineas (55), Zivilist, Duvalierist der ersten Stunde.
- Gerard George (53), Schuldirektor und Universitätsprofessor, gehört seit acht Jahren der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte an.

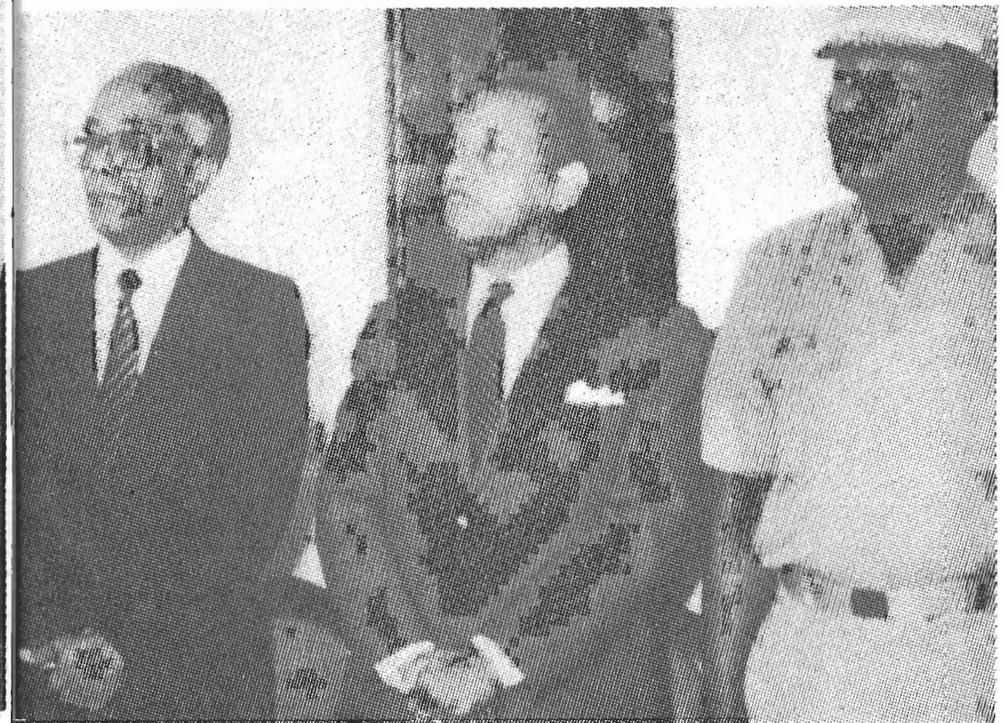
Zur Überraschung aller tauchte der Name Gregoire Eugène, Vorsitzender der christlich-sozialistischen Partei, nicht auf. Dies läßt zwei Spekulationen zu: entweder will dieser nicht mit altgedienten Duvalieristen zusammenarbeiten oder es ist reine politische Taktik: Als Mitglied dieser Junta könnte er sich schlecht als Präsidentschaftskandidat präsentieren. Die Zusammensetzung der Junta und die Formation des Kabinetts, bestückt mit Ministern aus der Duvalier-Waschanlage, zeigt deutlich, daß der Affe weg ist und der Schwanz geblieben ist. Dies bedeutet eine schallende Ohrfeige für das haitianische Volk, das den Weggang der Duvaliers und die Ausrottung der 'Tontons Macoutes' mit seinem Blut bezahlt hat. Die Bevölkerung will mit Sicherheit mehr: Die Abschaffung des Duvalierismus.

Spätestens hier ist die zerstrittene und unstrukturierte Opposition im In- und Ausland herausgefordert. Eine Menge Arbeit steht ihr bevor, sie wird zwangsläufig dem Volk die Hand reichen müssen, wenn sie sich behaupten will, und nach 30-jähriger Lethargie ist deren Nachholbedarf sehr groß. Es gilt nun, die Arbeit fortzusetzen, die die Kirche in den letzten Jahren begonnen hat. Der Weg ist vorgezeichnet; das Volk



kann sich artikulieren. Die Opposition muß ihren politischen Horizont über die Grenzen von Port-au-Prince ausdehnen. Ansonsten werden kurze Junta-Regierungen die politische Szene in Haiti beherrschen, und dies für eine lange Zeit. Der Schwanz ist noch lang.

Kennern der politischen Szene auf der gesamten Insel dürfte es nicht schwerfallen zu verstehen, daß - obwohl sich die Umstände ähneln - auf Haiti kein zweites Nicaragua möglich ist, so wie in der Dominikanischen Republik (1965) kein zweites Kuba möglich war. Eine Parallele zu der politischen Entwicklung in der Dominikanischen Republik der letzten 10 Jahre scheint eher möglich. Damals wussten Gomez und Bosch (Führer der Oppositionsparteien) die Gunst der Stunde zu nutzen, als Balaguer, noch Trujillist, nach 12-jähriger Amtszeit weitere vier Jahre anpeilte. Aus dem Beispiel der Dominikanischen Republik kann die haitianische Opposition zumindest mittelfristig nur lernen. Sie muß sich bereit zeigen, sich von ihrer Isolation loszueisen, denn auch für die anstehenden Probleme wie eine Landreform und eine Reform des Erziehungswesens wird sie zwangsläufig den Dialog mit allen Seiten suchen müssen.



“Szenen wie aus Dantes Inferno“

(EIN AUGENZEUGENBERICHT)

Das nachfolgend abgedruckte Interview hat der Berliner Schriftsteller Hans-Christoph Buch am 5.2.86 dem SFB gegeben (Sendung JOURNAL IN DREI, 17.10 bis 18.10 h). Buch ist ein Kenner der Karibik und besonders von Haiti.

Wir drucken das Interview mit freundlicher Genehmigung des Autors und des SFB auszugsweise ab, soweit es bis zum Redaktionsschluß noch nicht durch die Ereignisse überholt war.

SFB: "Wie ist Ihnen der Protest gegen das Duvalier-Regime begegnet?"

Buch: Der Protest ist mir begegnet in einer Form, die mich erschreckt und schockiert hat. Ich habe mich zwar schon seit vielen Jahren mit Haiti beschäftigt, war auch schon oft da, aber was eine Revolution dort wirklich heißt, in welcher Form sie sich abspielt, das konnte ich mir nicht vorstellen, das habe ich mir vorher nicht so gedacht. Vor allem, daß es heute noch mit dieser Brutalität und solchen Ausschreitungen und Plünderungen verbunden ist, wie man sie aus schlechten Filmen über Sklavenrevolten kennt. Solche Szenen habe ich gesehen.

Ich war im Norden, in der Hafenstadt Cap Haitien, der zweitgrößten Stadt Haitis, an dem Tag, an dem die Unruhen ausbrachen, die auch hier gemeldet wurden. Ich hatte Glück, denn ich kam gerade noch in die Stadt rein, danach waren die Straßen durch Barrikaden blockiert.

Ich habe dann in Cap Haitien mit angesehen, wie die Armee mit Maschinenpistolen und Maschinengewehren in eine Menschenmenge reinschoß, bzw. als die Demonstranten sich zu retten und zu verstecken versuchten, in die Häuser reinschoß. Und es gab an diesem Nachmittag dort 3 Tote: zwei Kinder, die in den Häusern getroffen wurden und ein älterer Mann, ein Schneider, der übrigens gerade ein Totenhemd nähte, der im Inneren seiner Wohnung von einer MG-Salve getroffen wurde, die ihm den Kopf abriß.

Ich habe dann die Familien der Hinterbliebenen besucht am nächsten Tag und mir den Hergang schildern lassen. Keines dieser Opfer war überhaupt an den Demonstrationen beteiligt. Die Brutalität der Armee steht in überhaupt keinem Verhältnis zu den Aktionen der Demonstranten. Das waren vor allem Schüler und Studenten...

Diese Schüler und Studenten bezeichnen sich übrigens selber als Christen, sie sind stark beeinflusst von der Katholischen Kirche, die zum Sprachrohr der Opposition geworden ist. Und das ist wichtig: sie sind gewaltlos! Sie haben demonstriert in einer Art und Weise, die wir in Berlin gar nicht kennen: mit Transparenten und ohne auch nur die geringste Ausschreitung, völlig diszipliniert. Und dann wurden sie Opfer der Armee-Brutalität.

SFB: "Von den Plünderungen, die hier in der Presse mitgeteilt wurden, haben Sie nichts erlebt?"

Buch: Doch, das ist ein zweites Kapitel. Haiti ist ein sehr



armes Land, das "Armenhaus der westlichen Welt". Und wenn es zu Unruhen kommt, dann greifen die auch auf die Slums über. Ich habe am nächsten Tag in Cap Haitien die Plünderung eines Lebensmittellagers miterlebt und Szenen gesehen wie in Dantes Inferno. Denn die Armee, die sich neutral verhielt, weil sie nicht wußte, ob der Präsident gestürzt wird oder ob sie sich mit den Leuten solidarisieren sollte, tat garnichts und schaute nur zu, wie die Bewohner eines nahegelegenen Slum-Viertels in eine riesige Lagerhalle eindringen und Mehlsäcke und Kannister mit Speiseöl dort rausholten. Diese Menschenmenge war vollkommen undiszipliniert, und die Nachdrängenden trampelten auf die, die schon drin waren. Die Mehlsäcke fielen runter, denn die waren hoch gestapelt, und es gab 5 Tote dabei. Und das Verrückteste: diese Szenen wurden gleichzeitig vom amerikanischen Fernsehen gefilmt, das am Morgen aus Miami eingeflogen war. Die standen da völlig unbeeiligt zwischen den sich um das Mehl und das Öl streitenden Menschen herum. Das war übrigens ein Lebensmittellager der Organisation CARE...

Was man da erlebte, war eine Hungerrevolte.

Aber die eigentlichen Träger des Protestes sind die Jugendlichen, die Schüler und Studenten, die einen mächtigen Bündnispartner haben, nämlich die Katholische Kirche. Und dann erfreulicherweise auch die protestantischen Kirchen, die früher in Haiti eher konservativ bis reaktionär waren. Es handelt sich dabei meist um Sekten, die aus den USA stammen. Alle Kirchen haben schon vor Wochen öffentlich gegen das Regime protestiert. Und die Rundfunksender der Kirchen, das ist sehr wichtig, haben unzensurierte Meldungen gebracht. Dadurch ist eine mächtige Mobilisierung in Gang gesetzt worden, denn die staatlichen Rundfunksender haben zu den Ereignissen geschwiegen.

Die Regierung hat dann die kirchlichen Sender verboten...

Die Oppositionspolitiker - ob im Inneren oder außerhalb von Haiti - etwa Hubert de Ronserai, Silvio Claude oder Valsin, ein Beamter der Weltbank, ein Ökonom, der offenbar der Favorit der USA ist, haben jedoch mit dieser Protestbewegung nicht das Geringste zu tun. Die ist für sie selbst überraschend gekommen, die war spontan, genau wie bei uns die Studentenrevolte 1968. Und die hat ganz andere Ziele und auch eine ganz andere Ideologie, nämlich eine christliche merkwürdigerweise.

Seit dem Papstbesuch hat in Haiti die Befreiungstheologie, die ja offiziell von Rom verurteilt wird, sehr viele Anhänger gewonnen. Und auch die haitianischen Bischöfe unterstützen sie, wenn auch in vorsichtiger Form. Sie haben es mit ihren Mitteln, vor allem mit dem Radio, geschafft, die Bevölkerung zu mobilisieren in einer Art und Weise, die keiner der Oppositionspolitiker erreicht hat oder voraussehen konnte..

NICARAGUA – SOLIDARITÄT

Als Reaktion auf die Artikel, in denen wir in verschiedenen Heften der LN unsere Sorgen über den revolutionären Prozeß in Nicaragua geäußert haben, werfen uns Leserinnen und Leser schriftlich und mündlich vor, wir würden zu schwarz und pessimistisch sehen, die Leute mit einer solchen Berichterstattung lähmen. Es ist schon öfter von uns darauf hingewiesen worden, daß zumindest ein großer Teil der Redaktion die Sache so nicht sieht. Die Diskussion muß weitergehen. Auch der nächste Artikel über Nicaragua wird vermutlich wenig optimistisch sein. Wir wissen, daß die Erarbeitung eines Autonomiestatuts für die Atlantikregion nach dem Rückzug der Miskitoorganisation MISATAN aus der Autonomiekommission im Dezember 1985 infrage gestellt ist. Ebenso scheint derzeit eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der FSLN und MISURASATA-Führer Brooklyn Rivera unwahrscheinlich zu sein. Es war leider nicht möglich, in diesem Heft bereits etwas darüber zu schreiben, die Nachrichten über die Situation an der Atlantikküste treffen nur sehr spärlich ein. In diesem Heft veröffentlichen wir zur Abwechslung einmal, was andere Leute über Nicaragua denken und wie die Solidarität nach ihrer Ansicht auszusehen hat.

"Nicaragua libre – Leben im Kampf für den Frieden und die Autonomie"

Bericht einer Reise der Ökumenischen Initiative 'Frieden und Gerechtigkeit für Nicaragua' vom 20. 10. - 20. 11. 1985

Revolution, Kampf, Triumph - pathetische Schlagworte für uns, deren existenzielle, aktuelle und sinnliche Bedeutung sich durch das Erleben des Landes Nicaragua schnell und ganz neu erschließen.

Staunend haben wir zur Kenntnis nehmen können, was es heißt, Grundnahrungsmittel für alle auch unter Kriegsbedingungen bereitzustellen, allen Kindern eine Schule in erreichbarer Nähe zu bauen, allen Erwachsenen Lesen und Schreiben beizubringen, trotz Krieg den Kampf gegen Kinderlähmung, Gelbsucht, Malaria und Denguefieber zu führen, in unendlich mühsamer Aufklärungsarbeit die grundlegende Bedeutung von Abwassergräben und sauberem Trinkwasser für die Gesundheit der Kinder zu erklären, wo seit Generationen nur Reis, Mais und Bohnen gegessen werden, die Ernährung mit Gemüse und Milch anzureichern, den Alkoholismus zu bekämpfen und die brachliegenden künstlerischen Fähigkeiten zu fördern.

Wir, das war eine Gruppe ehren- und hauptamtlich Tätiger in verschiedenen kirchlichen Arbeitsbereichen, konfessionell

und altersmäßig bunt gemischt. Wir haben uns zusammengefunden aufgrund des Aufrufs der Ökumenischen Initiative das Land, vor allem die Grenzregionen zu besuchen. Das Programm der vier Wochen war dreigliedert in eine Woche Einführung in Managua, zwei Wochen Aufenthalt auf dem Land, eine Woche Gespräche und Auswertung in Managua. Unsere Partner- und einladende Organisation ist das Centro Ecuménico Antonio Valdivieso, ein ökumenisch arbeitendes Institut zur Unterstützung und Entwicklung der Basisgemeinden. Unser Hauptanliegen war, Kontakte mit aktiven Christen und Gemeinden zu knüpfen und ein Stück Solidarität zu praktizieren.

Die Informationen, die uns das Land, die Menschen und ihre Lebensbedingungen am anschaulichsten näherbrachten, bekamen wir durch das Leben in den Familien. Wir wohnten bei Familien in einem Arbeiterstadtteil, der eines der Zentren des Befreiungskampfes war. Durch die Gespräche in den Familien erfuhren wir sehr lebensnah etwas über die Auswirkungen von Inflation und Versorgungsgespässen, Preise und Löhne, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, Berufstätigkeit und Abendschule, Schulsystem, Militärdienst usw. Wir litten mit unter dem Wassermangel und erfuhren auch etwas über die persönliche Beteiligung unserer Gastfamilien an den Befreiungskämpfen. Die Begeisterung und der berechtigte Stolz auf die Fortschritte durch die Revolution, den wir vom ersten Augenblick an spürten, ließ uns häufig vergessen, daß der Sieg erst vor 6 Jahren errungen wurde, daß er Menschenleben und Gesundheit gekostet hat. Durch diese persönlichen Gespräche wurde uns die Dimension des persönlichen Leidens, der getöteten Kinder, der verfolgten und gefolterten Jugendlichen, der kaum verheilten körperlichen und überhaupt noch nicht überwundenen psychischen Verletzungen zum ersten Mal deutlich.

In Managua besuchten wir auch zum ersten Mal die Bibelstunde einer Basisgemeinde, ein Treffen der 'Delegados de la palabra de dios' - Boten des Wortes Gottes oder einfach Laienprediger. Die Erzählungen ihrer Lebens- und Familiengeschichten in ganz einfachen, aber unglaublich ausdrucksvollen Worten und in symbolhafter Sprache waren die exakte Beschreibung der Entstehungsgeschichte der Basiskirche. Alphabetisierung mit Hilfe der Bibel, Schaffung der nicaraguanischen Bauernmesse als identitätsstiftendes Volkskunstwerk, der Glauben an den auferstandenen Christus, Gott, Prophet, Revolutionär und Erlöser wurden vom persönlichen Entwicklungsprozeß zum kollektiven gesellschaftlichen Bewußtseinsprozeß. Ich denke, kein noch so wichtiges Buch über die Befreiungstheologie, über Christen im revolutionären Prozeß kann das so glaubhaft und sinnlich erfahrbar werden lassen wie dieses Gespräch in der unscheinbaren Kirche in Nicarao, im Osten Managuas. Allein die Erzählung darüber vermittelte uns das Gefühl, ein kleines Stückchen an diesem historischen Prozeß teilnehmen zu dürfen.

Die Tage in Managua waren mit einem dichten Gesprächsprogramm gefüllt zur Einführung in die allgemeine und augenblickliche Situation des Landes. Wir sprachen u.a. mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ministerien und staatlicher Organisationen, der Landarbeitergewerkschaft und der Bauernorganisation, eines Prostituiertenprojektes und des Frauenrechtshilfebüros, mit CEPAD (das ist in etwa die Dachorganisation der wichtigsten protestantischen Kirchen), diskutierten mit der Verantwortlichen für die Ausarbeitung des Autonomiestatus für die Region der Atlantikküste, einer Miskita, besuchten die Zeitungen 'El Tayacan' - eine Wochenzeitung der Basiskirche - 'Barricada' - die Tageszeitung der FSLN - und 'La Prensa' - die Oppositionszeitung - und diskutierten mit den beiden völlig verschiedenen Menschenrechtsorganisationen, die uns auch den Besuch in einem Gefängnis ermöglichten. Das Programm wurde z.T. nach unseren Wünschen zusammengestellt.

Der wichtigste und schönste Teil unseres Besuches in Nicaragua war der Besuch der Landgemeinden. Ein Teil der Gruppe fuhr in eine Kooperative in der Nähe von Jalapa im Nordosten, nahe an der honduranischen Grenze. Sie halfen bei der Maisernte, bei der Krankenpflege oder in der Kinderkantine. Der andere Teil flog nach Siuna, einer Bergbaustadt im Bereich der Atlantikküste. Die Stadt wächst schnell durch die Flüchtlinge aus den Bergen, die nur noch in ganz einfachen Hütten untergebracht werden können. Die Straßen werden ständig von Contras angegriffen, die Versorgung kann nur durch bewachte LKW-Konvois und durch Flugzeuge organisiert werden. Die Menschen leiden unter dem Terror der Contras, den allgemeinen Versorgungsschwierigkeiten durch Wirtschaftsboykott und Krieg und zusätzlich unter den unlösbaren Transportproblemen und erfahren noch nicht einmal Aufmerksamkeit durch internationale Besuche und Arbeitsbrigaden. Besucher dort sind sehr selten und werden herzlichst begrüßt. Von Siuna aus wurden mehrere Kooperativen besucht, deren Bewohner teilweise schon mehrmals vor den Contras fliehen und wieder neu beginnen mußten. Ebenso wurden Flüchtlingsfamilien besucht, die sich als Individualbauern angesiedelt hatten.

Auf dem Land, in den Bergen wird die ungeheure Armut sichtbar, die in ihrer Einfachheit kaum zu beschreibenden Lebensbedingungen der Campesinofamilien, die Situation der Vertriebenen und Flüchtenden. Und auf dem Land wird sichtbar, warum die Bevölkerung um ihre Befreiung aus Verelendung und Unterdrückung gekämpft hat, wo die Erfolge und Fortschritte durch den revolutionären Prozeß und die sandinistische Regierung sind und was der US-unterstützte Söldnerkrieg zerstört. Daß wir durch unseren Besuch die Grüße unserer Kirchen und Solidaritätsgruppen zeigten, daß wir das alles wahrnehmen und nach Deutschland zurückvermitteln, wurde als Zeichen echter Solidarität verstanden.

Handelsboykott, die erdrosselnde Staatsverschuldung - ein Erbe der Somozadiktatur - und der Krieg der Contras schaffen eine Situation, in der sich niemand mehr als neutral verhalten kann. Eine sogenannte Neutralität ist in ihrer Konsequenz konterrevolutionär. Das gilt innenpolitisch, das gilt aber auch für die internationale Hilfe und Solidaritätsbewegung. Wer es wegen des verschärften Ausnahmezustandes für richtig hält, öffentliche oder privat organisierte Hilfe zu stornieren oder an bestimmte Auflagen zu binden, gräbt damit objektiv das Wasser ab für all das, was die Arbeiter und Campesinos in Nicaragua durch den Sieg der Sandinisten zum ersten Mal erfahren haben und was sie in drei Worten zusammenfassen: pan con dignidad, Brot mit Würde.

Nicaragua braucht aktive Zeichen unserer Solidarität.

Darum laden wir kirchliche Mitarbeiter - Laien und Theologen - ein, sich an einem Besuch Nicaraguas, vor allem gefährdeter Gebiete, in der Zeit vom 5. 10. - 5. 11. 1986 zu beteiligen.

Wir, die Ökumenische Initiative "Frieden und Gerechtigkeit für Nicaragua", verstehen uns als Partner kirchlicher Basisgemeinden und der Armen in Mittelamerika, die für ihre Befreiung kämpfen. Wir versuchen durch unser Handeln hier und in Mittelamerika, unsere Schwestern und Brüder zu unterstützen. Durch unsere Teilnahme an ihrem Leben und Kampf erwarten wir eine Veränderung unseres Lebens und Alltags.

Die ständig sich ausweitende Bedrohung Nicaraguas und die andauernde Unterdrückung der anderen Länder Mittelamerikas werden durch die Politik und durch die massive finanzielle und militärische Unterstützung der US-Administration aufrechterhalten. Deshalb hat uns das Ökumenische Zentrum Antonio Valdivieso, Managua, um unsere Unterstützung auch vor Ort gebeten. Dem wollen wir entsprechen.

Für die Reise sind gute Kenntnisse der spanischen Sprache notwendig. Die Kosten müssen selbst getragen werden. Zur Vorbereitung der Reise sind zwei Treffen vorgesehen, deren erstes vom 25. - 27. 4. 1986 stattfinden wird.

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Michael Schwenn
Langstr. 67
6082 Walldorf
06105/42219

oder

Andrea Busch
Wordstr. 55
4300 Essen
0201/628262

NICARAGUA

Amnesty International berichtet über die Menschenrechte

Am 11. Februar 1986 teilte ai der Presse mit, sie habe in Bonn einen Bericht über die Menschenrechtslage in Nicaragua vorgelegt. Darin werde festgestellt, daß es in Nicaragua zu Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Sandinisten und der antisandinistischen Contra komme. Die Redaktion der LN hat sofort versucht, den Bericht in die Hand zu kriegen, mußte aber leider erfahren, daß die vorhandenen Exemplare den Leuten vom Bonner ai-Büro buchstäblich aus der Hand gerissen worden waren. So müssen wir auf den Nachschub aus London warten.

Offensichtlich ist das Interesse an diesem Thema besonders groß. Laut Frankfurter Rundschau vom 12. Februar, wo es auf der ersten Seite stand, wirft ai den Sandinisten die Einschüchterung politischer Gegner durch willkürliche Festnahmen und Isolationshaft vor. Von Angehörigen der Streitkräfte heißt es, sie hätten Gefangene gefoltert und ermordet, seien dafür aber entsprechend bestraft worden. Trotzdem stünden noch eine ganze Reihe von Fällen, besonders in den entlegenen ländlichen Gebieten offen, die nicht aufgeklärt worden seien, etwa das Verschwinden Dutzender von Miskito-Indianern bei einer Armee-Operation im Jahre 1982.

Amnesty berichtet dann über Folterungen, Verstümmelungen und Hinrichtungen von Gefangenen durch die Contra und weist darauf hin, daß sie sich dabei an die Vorschläge des Handbuchs halte, das der CIA 1984 zur Guerilla-Kriegsführung erarbeiten ließ.

ZIEMLICH HARMLOS?

Die ersten Reaktionen derer, die sich solidarisch mit Nicaragua nennen, lauten: ziemlich harmlos. Denn das, was die Contra täglich verbricht und was die Militärs in den Nachbarländern anrichten, ist ungleich grausamer und schlimmer. Außerdem erklärt man sich das meiste, was die Sandinisten falsch machen und unterlassen aus der Situation des Krieges, der die Sitten verrohen läßt und Unrecht unvermeidbar macht. So sah es die taz, so hören wir es in Komitees, so werden wir es bald noch in einigen Zeitschriften lesen, denn so einfach macht man es sich in der Solidaritätsbewegung nun schon

seit vielen Jahren. Das Schema, das dahinter steckt, ist denkbar schlicht und hat schon eine lange Tradition: man geht davon aus, daß es nur Gute gibt und Böse, und verglichen mit den Bösen kommen die Guten immer besser weg.

In einem Aufsatz über das Verhältnis der westeuropäischen Linken zu den sozialistischen Ländern hat Rossana Rossanda den Umgang der Kommunistischen Parteien mit der Sowjetunion wie folgt beschrieben: "Die Sowjetunion, sagten sie, ist der erste sozialistische Staat; überdies ist sie eingekreist: und damit basta." (Kursbuch 30, 1972, S. 5)

Offensichtlich ist es auch möglich, ohne Kommunistische Parteien ein derart simples Denken zu etablieren. Es wächst und gedeiht mit der großen Angst, daß sich der Traum nicht erfüllen könnte. Es läßt dann diejenigen schweigen, die lange wissen, was Amnesty da berichtet und vieles mehr dazu. Es läßt andere still verduften, weil sie glauben, daß es solidarischer sei, garnichts zu tun als nachzufragen, gar zu zweifeln. Es schafft ein Klima, in dem man dafür sein muß, in dem die Einsicht keinen Platz hat, daß "aus einem Verhältnis, das bisher ein quasi 'religiöses' war (und dementsprechend zwischen Heilserwartung und Abschwörung gependelt hat), endlich ein laizistisches, ein 'weltliches' Verhältnis werden (muß)." (R. Rossanda, a.a.O. S. 30 - ich mußte sie nochmals zitieren, aber sie weiß wirklich, wovon sie spricht.)

ZIEMLICH ERNST UND BEDENKLICH

und gar nicht harmlos erscheint uns das. Vor allem weil die Sandinisten sich kaum einmal selbst dazu äußern, wir das alles über Amnesty erfahren, und vieles davon bisher in Managua hartnäckig geleugnet worden ist. Das schürt das Mißtrauen in die Berichterstattung, die von den Sandinisten und der Solidaritätsbewegung kommt. Sicher ist es auch kein Zufall, daß die FR unter den Artikel über den ai-Bericht gleich noch eine Meldung setzte, nach der Brooklyn Rivera, der Führer einer der oppositionellen Indianerorganisationen, in San José (Costa Rica) gesagt haben soll, er sei heimlich an der Atlantikküste gewesen und habe von den 'Greueln' der sandinistischen Behörden dort erfahren. Mit ihm war der Präsident des Weltrates indianischer Völker gereist, der bekanntgab, daß die Sandinisten die Miskito-Indianer verfolgen, exekutieren und auch bombardieren würden.

Das ist nun 'glücklicherweise' nur eine Information vom Gegner. Sie geistert als ein unbestätigtes Gerücht schon eine Weile durch die Stuben der Solidarität, die sich hütet, mehr zu tun als abzuwarten. Etwa bis die Nachricht eines Tages von Amnesty bestätigt wird?

Einigen von uns schwebt seit langem so etwas vor wie eine 'kritische Solidarität', auch Rossana Rossanda hatte sie vor.

Es gibt bisher leider kaum ein Beispiel, daß so ein Vorhaben glücken kann. Wer kritisiert, daß die Sandinisten linke Gewerkschafter wie rechte Unternehmer behandeln, hat in der Solidaritätsbewegung keinen Platz. Kritik wird als Verrat empfunden.

Das wird so bleiben, bis sich in einigen Gehirnen der Knoten löst, das Schema 'Gut oder Böse' lockert, einer Betrachtungsweise Platz macht, die der Kompliziertheit der Sache angemessener ist. Bis zur Stunde tut sich da noch nichts, scheinen wir dazu verdammt, die altbekannten Fehler brav zu wiederholen, werden X. und Y. und auch wir weiter nur das sagen, was vielleicht gerade noch als 'solidarisch' durchgelassen wird. Wir stehen nicht alleine da. Die Genossinnen und Genossen, die die PLO unterstützen oder die Guerilla in Kolumbien und viele andere mehr, haben es oft noch viel schwerer.

Wer jetzt sagt, das sei defätistisch, verhindere praktische Solidarität, lasse die Leute resignieren, der hat recht. Nur geschieht das auch, wenn wir die alte Masche weiter stricken. Was haben wir damals für Chile gejubelt - und wenn sie dort jetzt wirklich wieder auf die Straße gehen, dann sind hier die Münder stumm.



Embajada de Nicaragua
Konstantinstr. 41
5300 Bonn 2

Tel.: 0228 - 362505
355938
Telex: 885734

Nicaragua muß überleben

Nicaragua ist von jeher ein armes Land gewesen; seine vielfältigen Bodenschätze sind immer unzureichend erschlossen oder verantwortungslos ausgebeutet worden. Zu der ungenügenden Infrastruktur kommen das Wirtschafts- und Handelsembargo der Reagan-Regierung gegen Nicaragua und der grausame und aufreibende Krieg gegen unser Volk hinzu, den die Regierung der USA finanziert und anführt.

Zusammenfassend bedeutet dies, daß unsere jährlichen Exporterlöse sich auf ca. 400 Mio. US-Dollar belaufen und die Ausgaben für Importe des Produktionssektors und des sozialen Bereichs bei ca. 900 Mio. Dollar liegen. Von der Internationalen Gemeinschaft werden jährlich ca. 250 Mio. in Form von Krediten etc. zur Verfügung gestellt. Unser Defizit beläuft sich somit auf ca. 250 Mio. Dollar pro Jahr.

Mit den Devisen, die wir aus unseren Exporterlösen und durch Kredite erhalten, werden die als prioritär eingestuften Projekte im Produktionsbereich und auf dem Gesundheitssektor finanziert. Eine ganze Reihe von wichtigen Programmen und Projekten kann allerdings nicht finanziell abgedeckt werden.

WELCHE BEDEUTUNG HAT DAS PROJEKT

"NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN"?

Die verschiedenen Basisorganisationen Nicaraguas (Gewerkschaften, Berufsverbände, Jugend- und Frauenorganisationen etc.) haben bis in die entlegensten Winkel des Landes Umfragen bei ihren Mitgliedern durchgeführt, um eine Liste der Wünsche und Bedürfnisse aufzustellen, denen im Staatshaushalt nicht an erster Stelle Priorität eingeräumt wurde und die somit aufgrund des Devisenmangels ohne Finanzierung geblieben sind. Diese Zusammenstellung von kleinen Projekten mit dringenden Forderungen der Basisorganisationen sind unter dem Namen "NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN" zusammengefasst worden. Auf diese Weise soll versucht werden, die Hilfe, die Nicaragua von seinen Freunden in der ganzen Welt erhält, effektiver zu gestalten, da so eher gewährleistet wird, daß die Mittel und Bemühungen gezielt eingesetzt werden.

Die grundlegende Idee besteht darin, daß jedes Solidaritätskomitee, jede Stadt, Gemeinde, Partei oder Nichtregierungsorganisation sich ein Projekt oder Teil eines Projekts ihren Interessen oder finanziellen Möglichkeiten entsprechend aussucht. Es handelt sich somit um eine Hilfe von Basisorganisationen der ganzen Welt für die Basisorganisationen in Nicaragua.

WIE SOLL DIESER HILFE AUSSEHEN? Die Hilfe kann materieller Art sein oder in Form von Geldüberweisungen, wobei wir die materielle Hilfe vorziehen würden. Diese sollte dann über den Hafen von Corinto/Nicaragua geleitet werden. Wenn es Geldspenden sind, so sollten diese der nicaraguanischen Nichtregierungsorganisation *Augusto César Sandino-Stiftung* (FACS) zugeleitet werden. Es ist durchaus möglich, statt eines vollständigen Projekts lediglich eine Teilfinanzierung zu übernehmen, z.B. die für einen Bau notwendigen Metallstangen.

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN: Wenn Sie die Absicht haben, durch materielle Hilfe Ihre Solidarität für einen alternativen Prozeß zu bekunden, den wir in Nicaragua mit dem Aufbau einer neuen, pluralistischen, friedliebenden und blockfreien Gesellschaft begonnen haben, können Sie jederzeit zusätzliche Informationen über Frau Luisa Amanda Avilés (1. Botschaftssekretärin) in der Botschaft von Nicaragua in Bonn erhalten.

COSTA RICA

Die Wahl des kleineren Übels

Am 2. Februar war in Costa Rica wieder "fiesta cívica" (das staatsbürgerliche Fest) angesagt: Die Wahrnehmung des Rechts auf politische Einflußnahme im großen Wahlakt alle vier Jahre. Die Entscheidung zwischen den Kandidaten der beiden großen Parteien war offen: Die letzten Umfragen hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen prognostiziert. Der Sieg von Oscar Arias von der Partido Liberación Nacional (PLN - Partei der Nationalen Befreiung) war mit 53,3% gegenüber den 44,8% von Rafael Angel Calderón von der Partido Unidad Social Cristiana (PUSC - Partei der Christlich-Sozialen Einheit) dann überraschend deutlich.

Der nachfolgende Artikel enthält einen Überblick über die Bedeutung der PLN in der Entwicklung Costa Ricas, die Gründe des Wahlsieges Arias', einen Ausblick auf seine Regierung und ein paar Sätze zur Krise der costaricanischen Linken.

DIE PLN - DAS ENDE DER HEGEMONIE

Die PLN war seit Anfang der 50er Jahre die entscheidende politische Kraft Costa Ricas. Auch in Phasen, in denen sie nicht den Präsidenten stellte, war ihr politischer Einfluß beträchtlich. Das lag zum einen daran, daß sie mit Ausnahme der Phase 1978-1982 stets die stärkste Parlamentsfraktion stellte, zum anderen daran, daß der Staatsapparat weitgehend ihr "Geschöpf" ist, so daß er zu einer Bastion der Partei auch in Oppositionszeiten wurde. Hintergrund dieser politischen Stärke war, daß es der PLN über drei Jahrzehnte gelang, ein soziales Bündnis zu schmieden, dessen Interessen sich in einer Entwicklungsstrategie niederschlugen, die durch die herausragende Rolle des Staates im Akkumulationsprozeß und in der Gestaltung der sozialen Verhältnisse, die landwirtschaftliche Diversifizierung und die protektionistische, binnenmarktorientierte Industrialisierung gekennzeichnet war. Schlüsselgestalt dieser Strategie war der "empresario político", der politisch aktive Unternehmer, der Dank staatlicher Förderung in neuen Branchen akkumulieren konnte und die ökonomische Vormachtstellung der traditionellen Oligarchie (die v.a. mit der Kaffeewirtschaft verbunden ist) brach. Neben diesen "neuen" Unternehmern zählten die Mittelschichten (v.a. aus dem Dienstleistungssektor) und kleine und mittlere Grundbesitzer zur sozialen Basis der Partei. Durch lange Zeit steigende Löhne und Gehälter und expandierende staatliche Sozialleistungen gelang es, zusätzliche Wählergruppe zu mobilisieren. Die Rechtsopposition gegen die PLN (welche Vollmitglied der Sozialistischen In-

ternationale ist) kristallisierte sich jeweils um personalistische Parteien, die zumeist oligarchischen Hintergrund hatten. Sie konnten bis in die 70er Jahre immer nur defensiv auf die PLN-geführte Entwicklungsstrategie reagieren, jedoch keinen gesellschaftlich durchsetzbaren Gegenentwurf vorlegen. Solange das Entwicklungsprojekt "funktionierte", war der Bedarf daran auch gering, da die Oligarchie zwar an relativer Bedeutung eingebüßt hatte, jedoch im sozio-ökonomischen System weiterhin eine wichtige (und lukrative) Funktion erfüllte; die von ihr dominierte Kaffeewirtschaft blieb bei allen Veränderungen tragende Säule der Gesamtökonomie.

Als es Mitte der 70er Jahre zu einer ersten größeren Krise des "Entwicklungsmodells" kam, versuchte die damalige PLN-Regierung unter Oduber über massive, weitgehend durch Auslandskredite finanzierte Investitionen ein "Durchstarten"; unter Führung der "políticos empresarios" (der als Unternehmer tätigen Politiker) sollte ein um das Auslandskapital und die organisierte Arbeiterschaft erweitertes Bündnis die Grundlagen der PLN-Strategie stabilisieren. Dieser Versuch scheiterte jedoch v.a. am vereinten Widerstand aller Fraktionen der Privatwirtschaft.

Mit der seit Ende der 70er Jahre herrschenden Wirtschaftskrise steht die PLN vor den Scherben ihrer Entwicklungsstrategie: die protektionistische, binnenmarktorientierte Industrie hat sich als Zuschußbetrieb erwiesen, die Auslandsschuld ist unbezahlbar, die Expansion des Staatsapparates ist unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen an die Grenze der Finanzierbarkeit gestoßen. In dieser Phase haben die "neuen" Liberalen die ideologische Offensive ergriffen und bestimmen die öffentliche Diskussion, und zwar sowohl bezüglich der Wirtschafts-, als auch der Außen- und der Innenpolitik. In der noch bis Mai dieses Jahres amtierenden Regierung Monge spiegelte sich das darin wider, daß vielen Forderungen der in- und ausländischen Neoliberalen keine Gegenposition entgegengehalten wurde, sondern daß die Abschwächung dieser Forderungen (nach dem Motto "weniger, langsamer, behutsamer") als Programm verkauft, diese Unterschiede aber nicht offensiv gegen die Neoliberalen gewendet wurden.

Die PLN ist jetzt gesellschaftlich und ideologisch in der Defensive und muß - ohne konsistentes eigenes Konzept - die ihr vorgegebenen Themen (Abbau des Schutzes des Binnenmarktes, Abbau des Staates, Privatisierungen, anti-nicaraguanische Außenpolitik etc) zum Ausgangspunkt ihrer Politikformulierungen nehmen. Damit verringern sich die politischen und ideologischen Unterschiede zur Opposition, die sich in der PUSC formiert hat und das neoliberale Programm zumindest in ihrem Wirtschaftsprogramm "rein" vertritt". Trotz dieser Annäherung gibt es sowohl innerhalb der PLN als auch zwischen ihr und der PUSC weiterhin Unterschiede, die etwa die Form der Exportförderung, die Rolle des Binnenmarktes (und damit der Lohnhöhe) und die Politik gegenüber Nicaragua betreffen und

die theoretisch geringfügig erscheinen mögen, in der Praxis aber durchaus wichtige Konsequenzen für die weitere Entwicklung Costa Ricas haben können.

DIE KANDIDATEN: "JUNGE MÄNNER" AUS "GUTER FAMILIE"

Der Kandidat der PLN, der 44jährige Oscar Arias Sánchez, stammt aus einer Familie der Kaffeeoligarchie, studierte Wirtschaft, Recht und Politik und machte in Letzterem in England seinen Doktor. Von 1971 bis 1977 war er in zwei PLN-Regierungen Planungsminister, dann als Nachfolger Monges Generalsekretär der Partei. In mehreren soziologischen und politischen Büchern stellte er sich in die Tradition westlicher Demokratietheorie und propagierte eine auf größere soziale Gerechtigkeit hinzielende Politik, die herrschenden Konzentrationstendenzen entgegenzuwirken habe. Dabei kamen ihm schon mal radikale Thesen unter, wie etwa die, daß das Volk in den Institutionen (der "Musterdemokratie" Costa Rica!) kaum vertreten sei und daß die repräsentative Demokratie in eine Demokratie realer Partizipation transformiert werden müsse. Auf der anderen Seite propagierte Arias bereits in den 70er Jahren eine Politik der Exportförderung nach dem Muster einiger autoritär regierter asiatischer Länder, mit der die Schwächen des herkömmlichen costaricanischen Industrialisierungsmodells zu überwinden seien.



Sieger Arias



Verlierer Calderón

Arias' einzigem ernsthaften Konkurrenten, dem 37jährigen Rafael Ángel Calderón Fournier, gelang es, das Bündnis "Unidad", das 1978 Rodrigo Carazo gegen Monge in die "Casa Presidencial" gebracht hatte, zu erhalten und zu einem ganz auf ihn zugeschnittenen Instrument zu machen. Das Ergebnis war die PUSC, deren Prä-

sident er wurde. Calderóns größter Vorteil als Träger der neoliberalen Botschaft war sein Name, denn sein Vater hat als Präsident der 40er Jahre die Grundsteine für den costaricanischen Sozialstaat gelegt und seine Vermächtnis wird in weiten Teilen der Bevölkerung in Ehren gehalten. Der Sohn propagierte eine verstärkte "Öffnung" Costa Ricas gegenüber dem Weltmarkt, einen radikalen Abbau der Zollschränken und die Privatisierung staatlicher Unternehmen. Der Staat, der die Achse der PLN-Entwicklungsstrategie gewesen ist, wird nach "gut" neoliberaler Theorie für die Verzerrungen der Marktbeziehungen verantwortlich gemacht, welche ansonsten alles zur optimalen Wohlfahrt wenden würden. Die "christlich-soziale" Ummantelung der neoliberalen Botschaft sollte verhindern, daß die Konsequenzen einer rein neoliberalen Politik allzu krass in das Bewußtsein der Wähler trat. Calderón lehnte die von Monge vertretene "Neutralitätspolitik" ab (die ein militärisches Eingreifen, nicht jedoch ideologische und - wie die Praxis zeigt - logistische Unterstützung für die Contra ausschließt). Die Contadora-Gruppe ist für ihn kein geeignetes Forum für Verhandlungen über die mittelamerikanischen Konflikte; ein solches sieht er hingegen in der Organisation Amerikanischer Staaten, in dessen Rahmen kaum etwas an den USA vorbei entschieden wird.

So verwundert es nicht, daß enge Beziehungen zur Republikanischen Partei der USA bestehen, die den PUSC-Wahlkampf auch finanziell unterstützt hat. Calderón war 1985 dreimal in den USA und wurde von Präsident Reagan und seinem Vize Bush empfangen. Auch die Medien Costa Ricas, in ihrer überwiegenden Mehrheit reaktionär, vertreten den von ihm repräsentierten politischen und wirtschaftlichen Kurs.

Damit gab es eine Vielzahl von Faktoren, die zugunsten eines Wahlsiegs Calderóns sprachen: der Name, die gesellschaftliche Offensive der Rechten, die Folge des Endes des Jahrzehnte alten "Entwicklungsmodells" ist, auf das die PLN noch keine kohärente Antwort gefunden hat, die politische und finanzielle Unterstützung seitens der US-Regierung bzw. -Regierungspartei, die Unterstützung durch die meisten Medien, die Auswirkungen von vier Jahren Austeritätspolitik der PLN-Regierung Monge, die bei vielen das Vertrauen in diese Partei erschüttert haben und schließlich die "Tradition" des Regierungswechsels: Nur ein einziges Mal seit den 50er Jahren, 1974, konnte sich die regierende Partei bei Wahlen an der Macht halten - und das lag damals an der Zersplitterung der Opposition.

Wieso gewann trotz all dieser Faktoren die PLN die Wahlen?

DER WAHLKAMPF

Anfang 1985 hatte Arias bei Meinungsumfragen einige Prozentpunkte Vorsprung vor Calderón. Dann begann sich jedoch die ideologische Offensive der Rechten auszuzahlen. Durch die Ausschaltung

von Grenzzwischenfällen suggerierten die Medien der Bevölkerung, daß Nicaragua drauf und dran sei, Costa Rica zu überfallen. Bei einer Umfrage, die Mitte des Jahres durchgeführt wurde, sahen 89% der Befragten in der sandinistischen Regierung eine Bedrohung für Costa Rica. Die Freundschaft zur US-Regierung war für 85% ein wichtiges Element der costaricanischen Politik. Die Kritik der Neoliberalen an der Rolle des Staates fand in den Erfahrungen der Bevölkerung mit staatlicher Ineffizienz und bürokratischer Praxis Widerhall. Hinzu kamen einige Korruptionsfälle; im größten wurde sogar Vize-Präsident Arauz beschuldigt, der sich offensichtlich an einem Notfall-Fonds des Präsidentschafts bedient hatte. Gleichzeitig erwiesen Umfragen, daß die wirtschaftliche Entwicklung als schlecht eingeschätzt wurde.

Angesichts der ideologischen Offensive der Rechten und ihrer Resultate sah die Arias-Crew keine andere Wahl, als mit den Wölfen zu heulen. Die politischen Positionen, die die PLN im Wahlkampf vertrat, unterschieden sich so wenig von denen der PUSC, daß die Presse sie aufrief, doch die Probleme "gemeinsam" anzupacken. Lediglich in der Frage des Abbaus des Staates wurden Unterschiede sichtbar. Arias widersetzte sich einem radikalem Abbau, ohne jedoch klarzumachen, welche Konzeption hinter der einen oder der anderen Politik steht. Auch in öffentlichen Diskussionen konnte Arias nicht verdeutlichen, was den Ausschlag dafür geben sollte, ihm das Kreuzchen zu schenken. Aber diese Wahlkampfaktik zahlte sich nicht aus: Wenn verschiedene Parteien das gleiche Programm anbieten, zieht immer noch die den Nutzen daraus, die es am authentischsten vertritt, in diesem Fall die authentischen Rechten, also die PUSC. Die Meinungsumfragen vermeldeten einen wachsenden Vorsprung Calderóns.

In den letzten Monaten des Jahres 1985 erkannte die PLN, die traditionellerweise Hilfe in Sachen Wahlkampfmanagement von der SPD erhält, daß die Wahlen so nicht zu gewinnen waren. Es gelang zunächst, die Einheit der Partei, die durch die Auseinandersetzungen um die Wahl Arias' zum Präsidentschaftskandidaten verloren gegangen war, auf der Ebene der "Parteigrößen" wiederherzustellen. Die Wahlkampfcrew wurde verändert, die PLN ging in die ideologische Offensive - und das muß bekanntlich im Wahlkampf nicht heißen, eigene Programme zu vertreten, es genügt vielmehr häufig, die des Gegners zu "zerreißen".

Man wies auf die fatalen sozialen Auswirkungen eines rein neoliberalen Wirtschaftsprogramms hin und beschuldigte Calderón der Kriegstreiberei. Dabei kam der PLN sehr entgegen, daß Calderón erklärte, im Kriegsfall zwischen Nicaragua und Honduras ein militärisches Kontingent zur Unterstützung der Hondurerer entsenden zu wollen. Die PLN präsentierte sich jetzt demgegenüber als soziale und freundenserhaltende Kraft. Arias versprach, "daß unsere Söhne auch in Zukunft noch mit dem Buch unter dem Arm nach Hause gehen können und nicht mit dem Gewehr über der Schulter, wie Junior (Calderón) gerne will."

Auch in der Grauzone von "dirty tricks" und "Regenbogenpolitik" (gemeint ist eine bestimmte Presse, keine Fraktion des EG-Parlaments!) zog die PLN jetzt nach. Während die PUSC mit den aktuellsten Korruptionsfällen und einem gefälschten Plan Stimmung machte, der die Verbindung PLN - FSLN - Havanna - Moskau "beweisen" sollte, wies die PLN auf Korruptionsfälle der Regierung Carazo hin (in der Calderón Außenminister war, bevor er sich zum Präsidentschaftskandidaten für 1982 machte). Außerdem wurde verkündet, daß Calderóns Schwiegervater, ein ehemaliger mexikanischer Gouverneur, in seiner Heimat mit dem Drogenhandel in Verbindung gebracht werde.



Programmatischer Wahlkampf à la Arias

Das Entscheidende war jedoch die Frage von Krieg und Frieden. Die Costaricaner sind zwar in ihrer großen Mehrheit anti-sandinistisch, aber einen Krieg wollen sie auch nach der massiven medialen Bedrohungskampagne nicht. Die Gefahr, die mit der neuen PLN-Argumentation verbunden war, erkannte die Rechte sofort. Während sie vorher einen bevorstehenden Krieg mit Nicaragua beschworen und demzufolge eine harte Außenpolitik und verstärkte Aufrüstung propagiert hatte, wurde nun behauptet "niemand, weder in Nicaragua, noch in Costa Rica, will einen bewaffneten Konflikt zwischen beiden Nationen" (La Nación, 8.10.85, zit. nach Balance de la Situación, No.13, S.5). Folglich sei die PLN-Kampagne zur Verteidigung des Friedens "irreal". Dennoch zeigte die Kampagne, in deren Verlauf Arias sich schließlich deutlich wenigstens für die Neutralitätspolitik und die Contadora-Initiative aussprach, Wir-

kung. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht sich in der Position Arias' repräsentiert, wenn er sagt, daß er nicht froh über die sandinistische Regierung sei, daß man aber mit ihr leben müsse.

Ein weiterer Faktor, der dazu beitrug, die Massenunterstützung für die PLN zu sichern, war, daß der "Krisenpräsident" Monge - anders als sein Vorgänger Carazo - aufgrund seiner persönlichen Integrität auch nach Ablauf seiner Amtszeit relativ große Popularität genießt. Bei einer Umfrage, die die Meinungen über einzelne Politiker wissen wollte, belegte Monge nach den "Boom-Präsidenten" Oduber und Trejos - den 3. Rang und stand damit sowohl vor Arias als auch vor Calderón. Gemäß der costaricanischen Verfassung ist eine Wiederwahl des Präsidenten jedoch nicht möglich.

AUSBLICK AUF DIE REGIERUNG ARIAS

Auch wenn mit Calderón Reagans Wunschkandidat die Wahl verlor, bedeutet Arias' Sieg kaum Bauchschmerzen für die US-Regierung. Zwar hatte man die Geringschätzung Arias' deutlich gemacht, als man ihn bei seinem einzigen USA-Besuch im Jahre 1985 im Gegensatz zu Calderón nur mit zweitrangigen Beamten zusammentreffen ließ, aber auch Arias hat seine USA-Verbindungen. Es muß daran erinnert werden, daß ja auch die US-Politik nicht widerspruchsfrei ist, und es gibt durchaus Tendenzen, daß durch eine behutsamere "Öffnungspolitik" die soziale Stabilität Costa Ricas eher erhalten bleibt als durch eine neoliberale Schockpolitik. Und vor allem von dieser Stabilität hängt die "Verkaufbarkeit" Costa Ricas als positives Gegenbeispiel zu den "Totalitarismen von Links und Rechts" ab.

Zu seinem Kandidaten für die erste Vizepräsidentschaft hat Arias Juan Manuel Dengo gemacht, der jahrelang in der Interamerikanischen Entwicklungsbank gearbeitet hat. Dengo war Direktor der privaten Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsorganisation CIN-DE, die mit Geldern der US-Agency for International Development (AID) ideologisch, politisch und ökonomisch eine exportorientierte Wirtschaftspolitik propagiert und z.T. finanziert und schon in der Monge-Regierung beträchtlichen Einfluß hatte. Später wurde Dengo sogar Minister für Exporte und Investitionen. Mit der Ernennung Dengos zum Kandidaten für die 1. Vizepräsidentschaft wurde deutlich, daß die Strategie weiterentwickelt werden sollte, durch staatlich vermittelte Subventionen und einen graduellen Abbau des Protektionismus die Exportorientierung zu verstärken, ohne eine neoliberale Schockpolitik anzuwenden und damit einen Zusammenbruch des bestehenden, binnenmarktorientierten Industriesektors zu vermeiden. Auch wenn hier "behutsamer" vorgegangen werden soll, als es die Neoliberalen verlangen, ergibt sich auch aus dieser Strategie ein dauernder Druck auf die Löhne und die Sozialleistungen zur Verringerung der Kosten und der Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit - von der Aussichtslosigkeit jeder Wirtschaftsstrategie ohne eine politische Lösung der Auslandsverschuldung ganz zu schweigen.

Wie die Wirtschaftspolitik wird auch Arias' Außenpolitik den Spuren seines Vorgängers folgen. Monges Außenpolitik war gekennzeichnet durch eine Widersprüchlichkeit im Reden und im Handeln sowie die Tendenz, den Wünschen der USA bezüglich einer Anti-Nicaragua-Politik schließlich wenn schon nicht 100%, so doch weitgehend nachzukommen. Auf eine Fortsetzung dieser Politik läßt sich aus den ersten Äußerungen Arias' nach seiner Wahl schließen. An seine Wahlkampagne anschließend, sagte er, daß Volk habe für Brot und gegen Gewehre gestimmt. Zum einen sprach er sich für eine politische und gegen eine militärische Lösung der zentral-amerikanischen Konflikte aus und kündigte an, bei Akzeptierung



ihres politischen Kampfes, die Guerilla-Aktivitäten der Contra in Costa Rica zu unterbinden; zum anderen begrüßte er - ganz auf US-Linie - die US-Hilfe für die Contra, da diese den Dialog bewirken sollte. Weiterhin sprach er sich für den Verbleib der PLN in der Sozialistischen Internationalen aus (den er schon einmal in Frage gestellt hatte) und kündigte verstärkte Aktivitäten Costa Ricas im Rahmen der Contadora-Verhandlungen an. Er stellte fest, daß es gegenwärtig keine nicaraguanische Subversion in Costa Rica gebe, daß Nicaragua aber eine potentielle Bedrohung sei, da es durch die demokratischen Strukturen Costa Ricas herausgefordert werde. Gegen eine "zu sehr auf Ausgleich" bedachte Politik wird außerdem vom Parlament aus Fernando Volio kämpfen, der zunächst als Monges Außenminister eine scharf anti-sandinistische Politik betrieb, dann dem gemäßigeren C.J. Gutiérrez Platz machen mußte und jetzt auf Platz 1 der PLN-Liste für die Provinz San José zum Volksvertreter wurde.

Die PLN ist, nachdem ihre Entwicklungsstrategie nicht mehr gangbar ist, noch ohne inhaltliche Alternative. Sie ist, wie der Wahlkampfverlauf gezeigt hat, weniger wegen ihres Programms ge-

wählt worden (und auch kaum wegen der 80 000 Wohnungen, die Arias versprochen hat, aber nicht bauen wird), als vielmehr als "kleineres Übel", nachdem es gelungen ist, die Folgen eines Wahlsiegs der PUSC in grellen Farben auszumalen, und damit die Folgen eines Programms, zu dem bei der PLN vorher nur geringe Unterschiede festzumachen waren. Ob sich die Erfahrung, daß in Costa Rica doch noch anders als mit anti-sandinistischer Hetze und marktwirtschaftlich-dynamischem Wirtschaftsprogramm Wahlen zu gewinnen sind, in der konkreten Politik niederschlagen und die PLN eine erneuerte reformistische Programmatik entwickeln wird, ist fraglich. Zu eng sind die Spielräume der in Bündnisverpflichtungen und Auslandsschulden verstrickten Partei - vom Gewicht anti-reformistischer Kräfte in ihren eigenen Reihen ganz zu schweigen.

DIE KRISE DER LINKEN

Daß die Linken jetzt kurz am Schluß abgehandelt werden, hat leider seinen Grund: Es entspricht ihrer Bedeutung. Die Krise der linken Organisationen hat ihren Ausdruck jetzt offensichtlich auch an der Wahlurne gefunden. (Leider liegen dazu noch keine Zahlen im einzelnen vor; Arias und Calderón haben jedoch zusammen über 98% der Stimmen erhalten, so daß auf die restlichen vier Kandidaten, darunter zwei der Linken, weniger als 2% entfallen. 1982 hatte der Kandidat der Linken noch über 3%, die Liste für die Parlamentswahl über 6% erhalten.) Beide Bündnisse auf der Linken, Alianza Popular und Pueblo Unido, hatten in etwa die gleichen Themen in den Mittelpunkt ihrer Wahlpropaganda gestellt, den mittelamerikanischen Konflikt, die Auslandsverschuldung, die Korruption, die Verarmung. Auch mit diesen Themen konnte sie ihre bereits vor den Wahlen offensichtliche Schwäche nicht überwinden. Neben externen Faktoren, wie dem finanziellen und ideologischen Übergewicht der großen Parteien, sowie Beschränkungen im Wahlsy-

BERICHTIGUNG

In den LN 139 berichteten wir, daß das Comité Patriótico Nacional (COPAN) für den 20. Mai 1985 zu einem Hungerstreik aufrief, um gegen die Nichteinhaltung eines Abkommens mit der Regierung zu protestieren. Laut Latin America Regional Report sollte am 7.6. der Hungerstreik ergebnislos abgebrochen worden sein.

Tatsächlich fand der Hungerstreik des COPAN nicht statt, da sich die Regierung in Verhandlungen zur detailgetreuen Erfüllung des Abkommens verpflichtete, das nach einem Hungerstreik von COPAN im November 1984 abgeschlossen worden war. - Der Hungerstreik, auf den sich der Regional Report bezog, ist von Mitgliedern der Campesino-Organisation FESIAN durchgeführt worden und führte zu einem Abkommen mit dem Agrarentwicklungsinstitut.

stem, wurden in einer costaricanischen Analyse auch interne Ursachen dafür verantwortlich gemacht, daß die Linke keine massenwirksame Alternative anzubieten weiß: zum einen der Mangel an konkreten Zielvorstellungen, die etwa das Modell der ökonomischen Entwicklung, die Fragen der Demokratie, der Partizipation und der realen Gleichheit sowie die Vorstellungen einer unabhängigen Außenpolitik betreffen, zum anderen eine fehlende Verankerung in den Erfahrungen des Volkes, die sich in einer konzeptuellen Trennung von führender intellektueller Kaderpartei und geführtem Volk äußert (Balance de la Situación, No.13, S.8f).

Die meisten Organisationen der Linken haben einen Entwicklungsprozeß hinter sich, der in einigen Fällen zum völligen Verschwinden von der politischen Bühne führen wird. Die Spaltung der größten Partei der Linken, der traditionsreichen Partido Vanguardia Popular (PVP, von der sich die Partido del Pueblo abgespaltete, vgl. LN 127) und in der Folge auch des ihr nahestehenden Gewerkschaftsdachverbandes CUT war nur Ausdruck, nicht Ursache dieser Krise.

Der im Prinzip durchaus sinnvolle Versuch von Pueblo Unido, linke Positionen durch einen verstärkten Bezug auf demokratische und friedliche Positionen im Volk zu verbreitern, wurde dabei bezeichnenderweise gerade von den vertrocknetsten und politisch am schwächsten darniederliegenden Gruppen propagiert. Die einzige Gruppierung mit relevanter Mitgliederzahl in Pueblo Unido, die Partido del Pueblo, lebt schließlich vom Ansehen und von Charisma ihrer Führerfiguren, die der Generation der alten PVP-Führer angehören und z.T. die 80 überschritten haben. Ohne Massenbewegung läuft dieser Versuch der Verbreiterung demokratischer Positionen aber Gefahr, sich an die Positionen der "Mitte" anzupassen, anstatt diese zu bewegen.

Die PVP als Kern der Alianza Popular andererseits hat durch die vernichtende Niederlage im Bananenarbeiterstreik, die auch auf eine Reihe eigener Fehler zurückzuführen ist, einen Rückschlag erlitten, der nicht so leicht zu verdauen ist (vgl. LN 135). Die Bananenarbeiter waren schließlich seit jeher das kämpferischste Element in der Basis der PVP und begründeten die wichtigsten regionalen Hochburgen der Partei.

Die Hoffnungen, daß die costaricanische Linke durch die Wirtschaftskrise und die damit einhergehende Verschlechterung der Lebensbedingungen und durch die sandinistische Revolution gestärkt werden könnte, sind lange zerfallen. Die Wirksamkeit der politischen Integrationsmechanismen wurde falsch eingeschätzt. Ohne einen wirklichen Neubeginn wird die costaricanische Linke sich aus dieser Stagnation nicht befreien können.

Quellen: Latin America Weekly Report, Latin America Regional Report, copan 2 (Set./Oct. '85), aportes 25 und 26/27, Costa Rica: Balance de la Situación No.13, taz, Süddeutsche Zeitung

EL SALVADOR

Sie wollen den Fischen das Wasser entziehen

Die Zivilbevölkerung von Guazapa ist von der Armee eingekreist. Bekanntlich braucht die Guerilla in El Salvador die Zivilbevölkerung so nötig wie der Fisch das Wasser, weil sie keine Berge und Urwälder hat, in denen sie überleben kann. Zwanzig Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegt der Guazapa-Vulkan, eine der Zonen, in der sich in den vergangenen Jahren ein Teil der Guerillaarmee sicher fühlen konnte. Trotz schwerster Luftangriffe, die die salvadorische Armee seither gegen den Guazapa führt, ist es ihr noch nicht gelungen, die Zivilbevölkerung vollständig zu vertreiben. Ein Rest von etwa 1 500 Menschen blieb. Sie lehnten es ab, sich von der Regierung evakuieren zu lassen oder selbst zu fliehen. Sie versuchten, im Guazapa-Gebiet zu überleben, was immer gefährlicher und unerträglicher wurde. Bernd Päsche hat sie besucht und beschreibt die Lage wie folgt:

"Guazapa - das ist heute eine Landschaft der verbrannten Erde. Als ich im März 1985 dort war, fragte ich mich, was denn überhaupt noch vernichtet werden kann: Es gibt kein Haus, kein Zuckerrohr- oder Maisfeld, keine Tiere, keine Schule oder Kirche, die inzwischen nicht dieser systematischen Zerstörung zum Opfer gefallen wäre.

Mir war zwar bekannt, daß von der FMLN kontrollierte Gebiete immer wieder Invasionen und seit 1984 verstärkte Bombardierungen zu erleiden haben. Was ich nicht wußte, war die Permanenz dieser Aktionen, die der Bevölkerung praktisch keine Pause zum Luftholen mehr lassen, die Intensivierung bis zu einem Grad, der für mich das Überleben und Ausharren der Übriggebliebenen an ein Wunder grenzen läßt. Doch was militärischer Rationalität zufolge eigentlich nicht sein dürfte, versteht man wahrscheinlich erst aus dem Zusammenleben mit diesen Menschen heraus: Daß sie trotzdem bleiben, daß sie sich - wie sie mir immer wieder versicherten - nicht haben entmutigen lassen, trotz des alltäglichen Sterbens und Zerstörens, der immer gegenwärtigen Todesdrohungen, trotz Ermüdung und Erschöpfung.

Ich habe es zu verstehen gelernt durch das, was sie mir erzählten von der Geschichte dieser Region: Eine Geschichte der geraubten Erde, des Hungers, des Kampfs um Land und Leben bereits seit Anfang der 70er Jahre; der 1982 begonnenen Selbstorganisation ihres Zusammenlebens in den "poderes populares", die bis heute jedenfalls eine der Bedingungen ihres Überlebens sind: mit der Organisierung der Selbstverteidigung, d.h. der Flucht- und Überlebensmöglichkeiten angesichts der Invasionen, der Möglichkeit medizinischer Versorgung in den "clínicas populares", der - wenn möglich täglichen - Schule für alle Kinder, trotz der ausnahmslos zerstörten Schulgebäude und täglichen Bombardierungen, dem versteckten Nahrungsmittelanbau trotz der immer wieder verbrannten Felder; eine Geschichte auch des kollektiven Todes in den Massakern und des Sterbens Einzelner - vor dem Vergessenwerden bewahrt in ihren "testimonios" und Liedern. Zu verstehen gelernt habe ich diese Menschen nicht zuletzt in Situationen der gemeinsamen Selbstvergewisserung in den Dialogen der Gottesdienste der Basisgemeinden.

Um die militärische Logik dieser "unmenschlichen Ereignisse" sichtbar werden zu lassen, um den Versuch zu machen, zu erklären, was eine auf Vernichtung, Vertreibung und Kontrolle der Zivilbevölkerung abzielende Aufstandsbekämpfung in ihrer menschenverachtenden Brutalität und in ihrer geradezu absurden Unverhältnismäßigkeit des eingesetzten militärischen und technologischen Potentials bedeutet, gebe ich einen Überblick über die wichtigsten militärischen Operationen, die in den ersten vier Monaten des Jahres 1985 die etwa nur 300 km² der Guazapa-Region mit ihren nur noch wenigen tausend Bewohnern überrollt haben. Ein Gebiet, das bereits seit 1983 besonders schwer unter Bombardierungen zu leiden hat. Ich beziehe mich auf Zeugaussagen und Berichte der Betroffenen, auf die für die internationale Öffentlichkeit bestimmten Communiqués der Basisgemeinden mit ihren präzisen Angaben und "denuncias", diese gewissermaßen direkte Geschichtsschreibung von unten durch die Betroffenen selbst, auf eigene Erfahrungen und Erinnerungen." (aus: Flüchtlinge in Mittelamerika, Nov. 1985, hg. von Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V., Universitätsstraße 19, 4300 Essen 1)

Seit dem 10. Januar 1986 läuft nun in der Region Guazapa eine Militäroperation mit dem Namen "Phönix",

die das Ziel hat, die Zivilbevölkerung endgültig wegzuschaffen. Die Armee hat mit 5 000 Soldaten einen Ring um das bewohnte Gebiet gelegt und ist dabei, die Menschen gewaltsam herauszuholen. Sie sollen "evakuiert", d.h. in "Sicherheit" gebracht werden. Nach Angaben des kirchlichen Rechtshilfebüros von San Salvador wurden bereits hundert Personen getötet und mehr als 200 verhaftet. So besteht kein Zweifel darüber, daß man die Eingeschlossenen nach ihrer "Befreiung" aus der gefährdeten Zone als Kollaborateure der Guerilla betrachtet und entsprechend behandeln wird.

Die Forderung der Bevölkerung vom Guazapa lautet nun, man solle sie mit Hilfe des Roten Kreuzes mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgen und eben nicht, wie es die Regierung plant, herausholen. Das wird jedoch von dieser strikt verweigert.



Wir haben nicht sehr viele Informationen über die genaue Lage am Guazapa zur Verfügung, da die FMLN darüber bisher nichts publiziert. So wissen wir auch nicht, ob und wie viele Guerilleros zusammen mit der Zivilbevölkerung eingeschlossen sind und was die Einkreisung des Guazapa für die militärische Lage insgesamt bedeutet.

Wir halten es auf jeden Fall für wichtig, den Aufruf der Infostelle El Salvador zu verbreiten und zu unterstützen, denn es besteht die Gefahr, daß die Armee die Säuberung des Guazapa-Berges mit einem Massaker beendet, das damit gerechtfertigt wird, daß dort nur Angehörige der FMLN gelebt hätten.

Die Informationsstelle El Salvador in Wuppertal bittet, Briefe und/oder Telegramme zu senden an:

Presidente Napoleon Duarte
Casa Presidencial
San Salvador / El Salvador

mit der Forderung nach sofortigem Abbruch der Operation und der Aufforderung, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (CICR) zur Versorgung der Bevölkerung in das Gebiet der Zona Baja zu lassen.

möglicher Telegrammtext:
exigimos termino inmediata operacion fenix, entrada cicr a poblados.

sowie an:
Mons. Rivera y Damas
Arzobispado de San Salvador
San Salvador / El Salvador

mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, daß das CICR in das Gebiet kann, um die Bevölkerung zu versorgen und daß die Operation abgebrochen wird.

möglicher Telegrammtext:
rogamos iglesia apoye poblacion en peticion quedarse, apoye entrada cicr.

und an das
Internationale Rote Kreuz
Genf
Schweiz

mit der Aufforderung, sich dafür einzusetzen, daß das IRK in El Salvador in das Gebiet der Zona Baja gehen kann, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen.

MEXIKO

Immer größere Armut trotz Anhebung der Mindestlöhne

"In Mexiko existiert eine Minderheit, die aufgrund ihrer ökonomischen Situation über die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse hinaus in der Lage ist, exzessiv zu konsumieren, wohingegen der Großteil der mexikanischen Bevölkerung kaum über die Mittel verfügt, ihr Überleben zu sichern. Diesen Dualismus können wir nicht akzeptieren."

So wies Miguel de la Madrid, noch bevor er sein Präsidentenamt antrat, auf die sozialen Widersprüche hin, die es abzubauen gelte. Doch die derzeit in Mexiko betriebene Politik hinsichtlich der garantierten Mindestlöhne zeigt, daß noch nicht einmal die elementarsten Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können.

Den Verhandlungen zur Neufestlegung des Mindestlohnes sahen die Arbeiter Mexikos mit überaus gemischten Gefühlen entgegen. Die Arbeitgeber hatten angeboten, den bis zum 10. Januar festgelegten Mindestlohn von täglich 1250 pesos um 30% anzuheben; der staatlich-gewerkschaftliche Dachverband CTM (Congreso de Trabajo) forderte 60%. Angesichts der momentanen Inflation von 53,3% hätte nur die Durchsetzung der Maximalforderung die Arbeiter vor der Auszehrung des Kaufkraftverlustes bewahren können. Resultat der Lohnverhandlungen war die Anhebung des Mindestlohnes um erbärmliche 32%, das heißt 1650 pesos zum Bestreiten des täglichen Lebensunterhalts. Preissteigerungen hatte es bereits vor der Erhöhung des Mindestlohnes gegeben, und zwar auch bei den staatlich subventionierten Grundnahrungsmitteln. Derzeit ist auf den Märkten des Landes kein Produkt mehr zu finden, das nicht von der Preiserhöhung betroffen wäre:

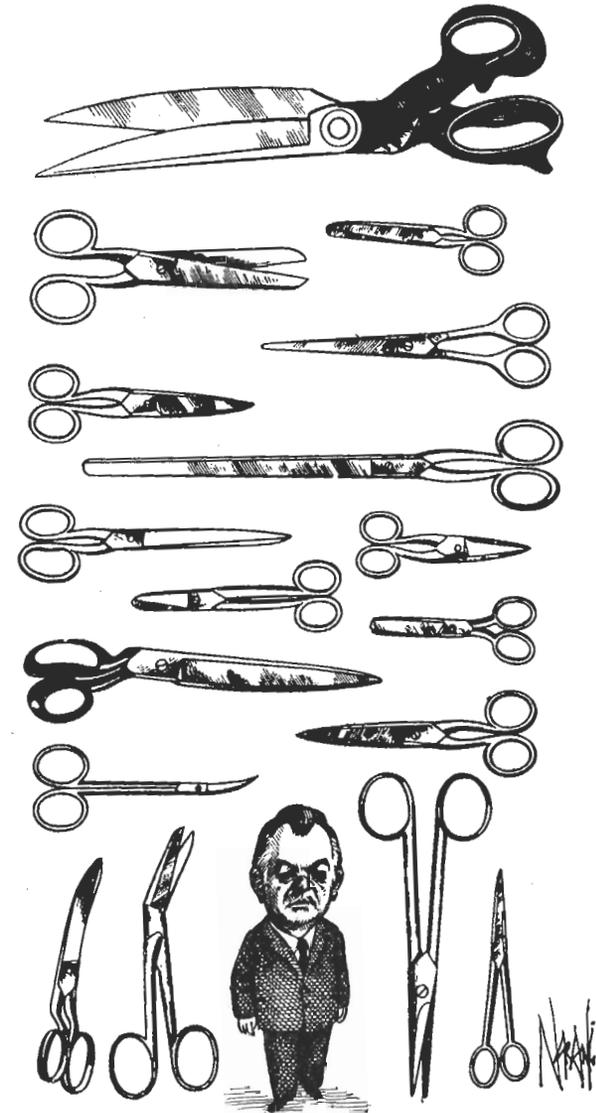
Tortillas 60%	Milch 40%
Zucker 27,6%	Fleisch 20%
Früchte, Gemüse 63,2%	frischer Fisch 67,9%

Doch nicht nur die Lebensmittelpreise stiegen: Für Gas und Elektrizität müssen die Mexikaner 87,5% bzw. 51%, für medizinische Versorgung 61,8% und für ihre Mieten 49,5% mehr bezahlen.

Konkret heißt das für viele Mexikaner, daß Geflügel und Fleisch für sie nun zum Luxusartikel geworden sind, da ja nun für ein Kilo Huhn 700 pesos, für ein Kilo Rindfleisch gar 1200 pesos zu berapen sind. Frijoles, schwarze Bohnen, für die Mexikaner Grundnahrungsmittel, kosten nun 300 pesos das Kilo, ein Kilo Tomaten 400 pesos.

Als direkte Auswirkung dieser Preispolitik sieht man immer häufiger Frauen auf den Märkten, die nach Resten bis hin zu Abfällen fragen. Statt ein Stück Fleisch oder Geflügel nehmen sie Innereien, Hühnerhälse und -füße mit nach Hause.

Mexikanischer Regierungsstil



F. de Hernández, aus der Colonia Guadalupe Tepeyac, eine der auf diese Weise betroffenen Frauen:

"Unsere Situation wird immer schwieriger: Mein Mann bringt monatlich 45 000 pesos für unsere siebenköpfige Familie nach Hause. Den größten Teil seines Einkommens müssen wir für das Essen ausgeben, obwohl wir nur noch Kaffee mit Bolillos frühstücken (Bolillos sind subventionierte Brötchen) und zum Mittagessen Frijoles und verdünnte Suppe, manchmal mit einem Ei essen. Was nützt uns denn die Erhöhung der Löhne, wenn zu gleicher Zeit die Preise in die Höhe schießen? Dieser Präsident wird uns noch vor Hunger sterben lassen!"

Die geschilderte Situation trifft derzeit auf ca. 6 Millionen Arbeiter, die den staatlich garantierten Mindestlohn erhalten, zu, das sind 40% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Weitere 38%, das heißt ca. 4 Millionen Erwerbstätige, erhalten der doppelten Mindestlohn, 0,6% haben ein Einkommen, das dem zehnfachen Mindestlohn entspricht.

Bei der Berechnung der Kaufkraft des Mindestlohnes darf nicht übersehen werden, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Distrito Federal (Mexiko Stadt) diesen Lohn wohl gerade erhalten. Private Unternehmen sehen sich häufig weder in der Stadt noch auf dem Land veranlaßt, diesen gesetzlich garantierten Mindestlohn an ihre Arbeiter auszuzahlen.

Neben den 6 Millionen immer mehr verarmenden Arbeitern gibt es ca. 20 Millionen Campesinos, die nicht die geringste materielle Sicherheit in Aussicht haben. Man geht bereits so weit, die Situation auf dem Lande in Mexiko als ein "weiteres mexikanisches Wunder" zu bezeichnen angesichts der Tatsache, daß 5 245 000 Campesinos ihren täglichen Lebensunterhalt mit jeweils 204 pesos durchschnittlich bestreiten müssen.

Was kann man von 6 147 pesos monatlich kaufen? Etwa 7 Kilo Fleisch oder 2 Paar Schuhe und Kleidung für die Kinder oder Samen für die nächste Aussaat - mehr ist von dieser Summe nicht zu bestreiten.

Die Mindestlöhne in Mexiko werden regional berechnet: 1970 betrug der entsprechende Mindestlohn in der Stadt das fünffache des Mindestlohnes auf dem Land, 1981 vergrößerte sich diese Diskrepanz auf das 5,8fache, 1983 bereits auf das 6,1fache und erreichte 1985 das 6,3fache.

Der mexikanische Wirtschaftswissenschaftler Fernando Rello führt dieses Auseinanderklaffen der Mindestlöhne in der Stadt und auf dem Land auf das enorme Angebot der Arbeitskraft auf dem Lande mit gleichzeitiger geringer Absicherung durch Arbeitsverträge und schwache gewerkschaftliche Organisation zurück. Der "Caciquismo" (der Kazike ist derjenige im Dorf, der die gesamte wirtschaftliche Macht in den Händen hält) wirkt als Verstärker dieser schwierigen Situation auf dem Lande, da eine Bauernbewegung kaum offizielle

Unterstützung erhält, um gegen den lokalen Kaziken zu kämpfen. Politisch aktive Leute werden immer noch häufig aufgrund ihrer politischen Tätigkeit ermordet; von staatlicher Seite wird zur Aufdeckung der Hintergründe nichts unternommen.

Parallel zu dieser internen Problematik des Landes ist ein wachsendes Mißverhältnis von Import und Export der Agrarprodukte zu beobachten: Mais z.B. garantierte bis in die sechziger Jahre hinein die Selbstversorgung der mexikanischen Bevölkerung, 1980 mußten bereits 25% des Bedarfes, 1985 mehr als 50% importiert werden.

Da Mais das Hauptgrundnahrungsmittel der Mexikaner ist, führt diese hohe Importrate zu immer höherer Abhängigkeit von den USA, zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zum Sinken der Löhne auf dem Land mit der Folge einer ständig zunehmenden Landflucht.

Eine ähnliche Abhängigkeitsstruktur liegt bei der Weizenproduktion vor: Die Importrate stieg auf 25%; die Importrate bei Viehfutterstieg auf 32%.

Seit den sechziger Jahren, seitdem Getreide importiert wird, nahm die Produktion im Agrarbereich im Verhältnis zum Bedarf der Bevölkerung ab. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß von Seiten der Regierung verstärkt in die Industrie investiert wurde, da Getreide billig importiert werden konnte. Damit geriet Mexiko in immer größere Abhängigkeit von den USA, diese Abhängigkeit wurde wiederum von den USA in den darauf folgenden Jahren gefestigt und verstärkt.

Fazit der beschriebenen Entwicklung:

Ein Fünftel der Campesinos produzieren auf ihrer Parzelle nicht genügend Mais, um sich und ihre Familie versorgen zu können: Sie müssen den benötigten Mais kaufen, die steigenden Preise führen zu Hunger und Not.

Ca. 40% der Campesinos verfügen über keine Möglichkeit, ihren Mais zu lagern, d.h. sie müssen ihren eigenen Mais zu niedrigen Preisen verkaufen, um ihn dann später, wenn die eigenen Reserven aufgebraucht sind, zu teuren Preisen wieder einzukaufen.

Die Situation der Landbevölkerung wird als immer entmutigender eingeschätzt. Der Vertreter der nationalen Vereinigung der Indígenas (Einheimische, d.Ü.) auf dem Lande wies darauf hin, daß die Viehfutterindustrie sich am Konsum der privilegierten Schicht und am Export orientiert und damit mehr Lebensmittel absorbiert als 20 Millionen marginalisierte Bauern zusammen:

"Die Tiere essen besser als wir. Schuhe oder Huaraches (selbstgefertigte Schuhe aus Lederriemen und alten Autoreifen) tragen wir nur noch sonntags, neue Kleider können wir uns nicht kaufen. Aber was kann man mit durchschnittlich 10 000 pesos im Monat schon anfangen?"

Aus: PROCESO, mex. Wochenzeitschrift, vom 23.12.85/30.12.85/6.1.86



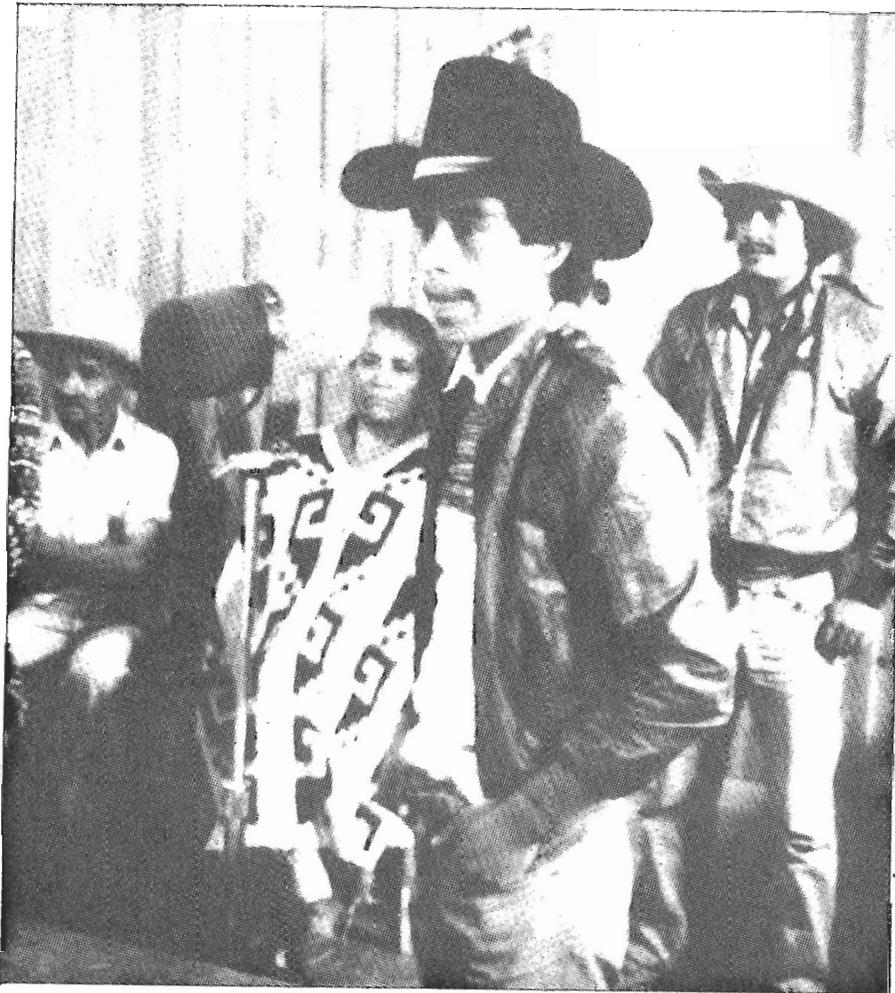
Radio Huayacocotla, die Stimme der Campesinos

Mexiko City, Terminal Norte de Autobuses. Der Busbahnhof ist wie immer überfüllt: Arbeiter, Geschäftsleute, Studenten und vor allem Bauern, die soeben mit Sack und Pack, mit Kind und Kegel aus einem kleinen Dorf irgendwo aus dem zwei Millionen Quadratkilometer großen Mexiko in die 18-Millionen-Metropole gekommen sind.

Manche kehren auch wieder zurück, und sei es nur am Wochenende. Wie jene im Bus nach Huayacocotla. Zwei Stunden lang durchquert der Bus die endlos scheinende, kaktusenbewachsene Wüstenlandschaft des Valle de México. Dann verläßt er die Hauptstraße. Vor ihm türmen sich die Berge der Sierra Madre Oriental auf, eines der beiden großen Gebirgszüge, die Mexiko umgeben, wie der Rahmen ein Bild. Von nun an hält der Bus in jedem kleinen Nest, das an der holprigen gewundenen Landstraße liegt. Schüler fahren nach Hause, campesinos beladen den Bus mit Hühnern, Gemüse und Werkzeugen, die sie soeben auf dem Markt im Nachbardorf erstanden haben. Nach drei Stunden Fahrt durch die bewaldete Berglandschaft der Sierra Huasteca tauchen im Nebel die ersten Häuser von Huayacocotla auf. Hier endet die Busfahrt. Hier endet auch die Straße. Die einzige übrigens, über die Huayacocotla zu erreichen ist.

Der kleine Ort am Ende der Welt ist weit über seine unmittelbare Nachbarschaft hinaus bekannt, denn hier wurde 1965 die erste Radioschule Mexikos aufgebaut. Ein Pfarrer brachte Alphabetisierungsprogramme über den Sender.

Seit 1975 wird der Sender von der FCE (Fomento Cultural y Educativo A.C.) betreut. Die FCE ist eine hauptsächlich von Jesuiten getragene mexikanische Bildungs- und Entwicklungsorganisation, die derzeit fünf Projekte im ländlich-marginalisierten Raum Mexikos betreibt, eines davon in Huayacocotla. Ziel der von Fachkräften und der betreuten Bevölkerung gemeinsam ausgearbeiteten und realisierten Bildungs- und Entwicklungsarbeit ist es, die Selbstbestimmung und sozio-ökonomische Selbstständigkeit der ländlichen Bevölkerung zu fördern. So haben es die campesinos geschafft, ihre eigene Holzbewirtschaftung samt Sägewerk aufzubauen. Der Radiosender spielt für die Selbstorganisation der Bauern eine wichtige Rolle. Radio Huayacocotla wird zwar heute noch von der Kommunikationswissenschaftlerin Aurora Velasco koordiniert, den Großteil der Programme gestaltet die ländliche Bevölkerung aber selbst.



Aurora Velasco: "Als wir 1975 diesen Sender übernahmen, mußten wir eigentlich ganz von vorn anfangen. Radio Huayacocotla war bereits 10 Jahre zuvor von einem Pfarrer ins Leben gerufen worden, der meinte, daß man die Bauern mit Alphabetisierungsprogrammen aus der Unterentwicklung holen könnte. Also gründete er in Huayacocotla die erste Radioschule Mexikos, die über Kurzwelle die abgelegensten Orte in ganz Mexiko erreichte. Obwohl der Versuch am Anfang ganz gut zu laufen schien, stellte sich nach einigen Jahren heraus, daß diese Art von vertikaler Wissensberieselung nicht die gewünschten Spuren in den Köpfen der Bauern hinterlassen hat. Sie hatten eben keine Beziehung zur Stimme aus dem Äther."

RADIO HUAYACOCOTLA

2390 KHZ ONDA TROPICAL - X. E. J. N.

Anfangs, als die Station noch das ABC lehrte, erhielt der Pfarrer regelmäßig eine finanzielle Unterstützung von den einflußreichen Ortspotentaten, die zugleich auch wohlhabende Großgrundbesitzer sind. Heute, da Radio Huayacocotla die Bauern über ihre Rechte aufklärt und ihnen zu mehr Einfluß und Selbstbestimmung verhilft, sehen sich die Mitarbeiter des Senders unfeinen Aktionen ausgesetzt. "Wir werden in unserer Arbeit behindert und bedroht, nur weil wir die Wahrheit sagen und dem einfachen Bauern ein Recht zurückgeben, das ihm von den Mächtigen jahrhundertlang vorenthalten wurde: Das Recht, seine Meinung frei zu äußern", lauten die Klagen der freiwillig und ohne Bezahlung arbeitenden Crew von Radio Huayacocotla.

Daß die Station in den im Gebirge verstreuten Dörfern und Einzelhöfen auch tatsächlich gehört wird, darüber läßt die wöchentlich eintreffende Korrespondenz keinen Zweifel: 250 Briefe (meist Mitteilungen an Verwandte und Musikwünsche, die auch prompt ausgestrahlt werden) - und dies, obwohl 50% der Hörer Analphabeten sind. Viele Bauern nehmen einen mehrstündigen Anmarsch in Kauf, um "ihrem Radio Huaya", wie sie die Station nennen, einen Besuch abzustatten und dabei gleich ein Interview abzugeben, Verwandte in fernen Dörfern zu grüßen oder auf den mitgebrachten Instrumenten einheimische Musik für das Programm "Musica de la Sierra" zu spielen. Andere berichten regelmäßig über die jüngsten Ereignisse in ihren Dörfern, mitunter auch darüber, daß wieder ein campesino von der Bande eines Großgrundbesitzers ermordet wurde.

Neben den Pressionen, denen die Mitarbeiter des Senders ausgesetzt sind, hat Radio Huayacocotla aber auch mit technischen Problemen zu kämpfen. Die Sendelizenz für den 500 Watt starken Sender gilt nur für die Frequenz 2390 kHz im 120 m Kurzwellen-Band. Wenn es sich die campesinos leisten können, kaufen sie sich ein einfaches Mittelwellenradio oder bestenfalls einen Radiorecorder, mit dem die Frequenz 2390 kHz nicht empfangen werden kann. Da die Behörden die Zuweisung einer Mittelwellenfrequenz verweigern, behilft sich der Sender mit einem Trick: Er strahlt eine Nebenfrequenz (die sog. Subharmonische) aus, die es den Hörern ermöglicht, den Sender auch auf ihren einfachen Geräten im Mittelwellenbereich, wenn auch schwach, zu empfangen.

Zur Verbesserung der Empfangsqualität in den Dörfern werden einfache Frequenzkonverter bzw. einfach vorabgestimmte Empfänger benötigt. Radio Huayacocotla braucht einfache Kasettenrecorder, die von den Bauern gehandhabt werden können, zur Durchführung von Fortbildungskursen.

Zur Unterstützung von Radio Huayacocotla sind folgende Spendenkonten eröffnet:

FDCL, Postgirokonto Berlin-West 176966-104
Stichwort: "Radio Huaya"

Österreichische Länderbank 251 101 632 (BLZ 12000)
Kennwort "Radio Huayacocotla"

Weitere Informationen gibt es bei
FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
oder

Christian Zettl, Himberger Str. 10/5/4, A-2435 Ebergassing

Es gibt auch eine Kasette mit mexikanischer Musik und Mitschnitten von Radio Huayacocotla



escuelas radiofónicas

Transmitter: Gates BC type with 500w.
Frequency and Call sign: 2390kHz XEJN
Schedule: 0600-0900 1500-1900 (local time)
Established: 1965
Slogan: La Voz del Campesino

Address: Apartado 13, 92600, Huayacocotla, Veracruz

huayacocotla, ver.

LATEINAMERIKA

Krise als Dauerzustand

1985 hat die lateinamerikanischen Länder insgesamt weder einem umfassenden Aufschwung noch einer Lösung des Schuldenproblems näher gebracht. Dabei wurde eine immer stärkere Differenzierung zwischen den einzelnen Ländern sichtbar: Während z.B. Brasilien trotz (oder wegen?) eines Rückgangs der Exporteinnahmen von 2 Mrd. US-\$ (= 7%) gegenüber dem Vorjahr, bei Realloohnerhöhungen von fast 10% ein Wachstum von 7% verzeichnen konnte, ist bei anderen Ländern ein weiterer rapider Verfall von Wirtschaftskraft und Lebensstandard festzustellen.

Die Hoffnung, daß ein expandierender Welthandel der Schlüssel zur allgemeinen Lösung der Wirtschaftskrise sein könnte, hat sich zerschlagen. "Unter diesen Umständen," schreibt die CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) "ist die rezessive Anpassung kein vorübergehendes Phänomen mehr, sondern sie wird zur Form, nach der die lateinamerikanischen Ökonomien für lange Zeit funktionieren." Die Folgen: "Zur strukturellen Unterbeschäftigung ist ein hohes Niveau offener Arbeitslosigkeit gekommen, die vor allem die Jugendlichen betrifft; Armut und Marginalität haben zugenommen und die Probleme für die Gruppen mit geringen Einkünften vergrößert. Gleichzeitig erreicht der Rückgang des Lebensstandards zunehmend die Mittelschichten. Die Investitionen sind stark gefallen, was die zukünftige Entwicklung schädigt; in der Gesamtheit der Region sind sie nun etwa 30% geringer als 1980 und umfassen nur 16% des Sozialprodukts. Private und öffentliche Unternehmen haben große Schwierigkeiten. Die ihre Produktionskapazitäten beeinträchtigen. All das trägt dazu bei, die sozialen und politischen Spannungen im Inneren zu erhöhen."

Wir bringen Auszüge aus dem vorläufigen Bericht der CEPAL über die lateinamerikanische Wirtschaft im Jahre 1985.

Folgendes waren die wichtigsten Merkmale, die die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas 1985 kennzeichneten:

- ein schwaches und auf sehr wenige Länder beschränktes Wachstum
- die Ausweitung und Verschärfung inflationärer Prozesse einerseits und die beträchtlichen Erfolge andererseits, die im Kampf gegen die Inflation von einigen Ländern erzielt wurden, in denen es vorher zu außerordentlich hohen Inflationsraten gekommen war
- die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Lage.

WACHSTUM

Nach den vorläufigen Zahlen, die der CEPAL zur Verfügung stehen, schätzt man eine Steigerung des lateinamerikanischen Inlandsprodukts von 2,8%. Diese Steigerung ist geringer als die 3,2%, die im Vorjahr erreicht wurden, und führte durch die gewachsene Einwohnerzahl zu einer Erhöhung des Sozialprodukts pro Kopf um lediglich um 0,5%. Dieses war damit fast 9% niedriger als 1980 und ebenso hoch wie das des Jahres 1977.

Der wirtschaftliche Aufschwung fand überdies nur in sehr wenigen Ländern statt. Wenn man Brasilien - wo es ein Wachstum von 7% gab - ausschließt, betrug der Anstieg des Gesamtprodukts nur 0,8% und das Sozialprodukt pro Kopf sank um 1,5%. Das Ungenügen des wirtschaftlichen Wachstums äußerte sich auch darin, daß das Sozialprodukt pro Kopf nur in Brasilien, Cuba, Paraguay und Mexiko stieg, es sich in Chile und Kolumbien fast nicht veränderte, und es in der vierzehn anderen Ländern der Region sank, für die Zahlen vorliegen.

Als Folge dieses neuen Rückgangs verstärkte sich die bereits sehr ausgeprägte Minderung des Sozialprodukts pro Kopf in einer Vielzahl von Ländern Lateinamerikas. So sank dieser Indikator im 5-Jahres-Zeitraum von 1981 bis 1985 in Bolivien um 29%, in El Salvador um 24%, in Venezuela und Uruguay um ungefähr 20%, in Guatemala und Argentinien um etwa 18%, in Peru, Costa Rica, Haiti, Honduras und Nicaragua um zwischen 11% und 15% und in Chile um 9%. Der Rückgang in den anderen Ländern der Region betrug zwischen 1% und 4%, und nur in Cuba war ein beträchtliches Wachstum zu verzeichnen.

(Zahlen über Beschäftigung und Löhne kann die CEPAL nur in begrenztem Umfang vorlegen; während sich die (ohnein nicht sehr aussagefähigen) Arbeitslosenraten in etwa nach dem Wachstum der einzelnen Länder richteten, konnten lediglich Brasilien und Uruguay aus dem Kreis sieben ausgewählter Länder Lohnsteigerungen vorweisen, während die Löhne in Argentinien, Kolumbien, Chile und vor allem Peru drastisch sanken und in Mexiko stagnierten. Anm. d. LN)

INFLATION

Trotz der Schwäche der wirtschaftlichen Erholung und trotz eines erneuten Nachlassens des externen Inflationsdrucks stieg die Inflation weiter an und erfaßte zusätzliche Länder. Der einfache Durchschnitt der Erhöhung der Konsumentenpreise stieg von 164% im Jahre 1984 auf 610% im Jahre 1985, während die um die Bevölkerungszahlen gewichtete Rate sich von 185% auf 330% erhöhte. Obwohl dieser Anstieg stark von der außergewöhnlichen Höhe der Inflationsrate in Bolivien beeinflußt wurde (11 300%), waren die durchschnittlichen Preiserhöhungen auch in den anderen Ländern der Region sehr hoch (144%). Gleichzeitig erreichten die

inflationären Prozesse weitere Länder. 1985 erhöhten sich nur in fünf der 21 Länder, über die Informationen vorliegen, die Konsumentenpreise um weniger als 10%. In den übrigen Ländern war die Inflationsrate beträchtlich höher und erreichte - außer in Bolivien - in Peru (170%), Brasilien (218%), Nicaragua (250%) und Argentinien (463%) enorme Ausmaße. Gegen Ende 1985 nahm die Intensität des inflationären Prozesses jedoch in einigen Ländern der Region ab, besonders in Argentinien, Peru und Bolivien, also in Ländern, in denen der Preisanstieg außerordentlich hoch gewesen war.

AUSSENWIRTSCHAFT

In Umkehrung zu den Geschehnissen des Vorjahres war die geringe Entwicklung der Wirtschaft 1985 von einer ausgeprägten Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Ergebnisse begleitet. Aufgrund der nachlassenden Dynamik des Welthandels - dessen Volumen um weniger als 3% stieg, nachdem er 1984 um 9% expandiert war - und wegen der deutlichen Preissenkungen für Rohstoffe sank der Wert des Güterexports Lateinamerikas um etwa 6%, nachdem er 1984 um 11,5% gestiegen war. Die Preissenkung für die lateinamerikanischen Produkte betrug etwa 4%, was einen Einnahmeverlust von etwa 4 Mrd. US-\$ bedeutete. Außerdem nahm aber auch das Volumen der Exporte zum ersten Mal seit 1975 ab (um 2%).

Obwohl auch die Importe um 2% (preismäßig) abnahmen, war der Überschuß im Warenhandel 1985 geringer als im Vorjahr. Nachdem dieser Überschuß sich zwischen 1982 und 1984 vervierfacht und zuletzt den Rekordwert von 38,7 Mrd. US-\$ erreicht hatte, sank er 1985 auf 34,3 Mrd. US-\$.

Der Rückgang des Handelsbilanzüberschuß war außerdem geringer als der Rückgang der Zahlungen für Dienstleistungen, Zinsen und Gewinne. Folglich stieg das Defizit der Leistungsbilanz, das zwischen 1982 und 1984 spektakulär von 41 Mrd. US-\$ auf eine Mrd. US-\$ gefallen war, 1985 auf 4,4 Mrd. US-\$.

Gleichzeitig sank der Netto-Zufluß an Kapital, der sich 1984 teilweise vom enormen Fall der beiden Jahre zuvor erholt hatte. Die Zuflüsse von 4,7 Mrd. US-\$ waren nur wenig größer als das Defizit der Leistungsbilanz. Daher schloß die Zahlungsbilanz, die im Vorjahr einen Überschuß von 9,3 Mrd. US-\$ verzeichnet hatte, mit einem positiven Saldo von nur 300 Mio. US-\$. Das war jedoch immer noch ein weitaus günstigeres Ergebnis als die Defizite der Jahre 1981-1983.

Zur gleichen Zeit war die Netto-Summe der Kredite und Investitionen geringer als die Netto-Zahlungen an Zinsen und Gewinnen. Daher mußte Lateinamerika im vierten Jahr hintereinander einen Kapitaltransfer ins Ausland bewältigen. Dieser Transfer war 1985 etwas höher als 30 Mrd. US-\$ und bedeutete eine Verringerung der Importkapazität der Region, die etwa 28% des Waren- und

Dienstleistungsexports ausmacht. Damit stieg der gesamte Kapitaltransfer für die Jahre 1982-1985 auf 106 Mrd. US-\$ (!).

Auf der anderen Seite verringert sich - als Folge der zurückgehenden Kreditvergabe - der Rythmus des Wachstums der Auslandsverschuldung. Nach vorläufigen Schätzungen beträgt sie jetzt 368 Mrd. US-\$, was die Schulden vom Ende des Jahres 1984 um knapp 2% übersteigt. In realen Zahlen verringerte sich die Auslandsschuld damit zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte der Region.

Trotz des geringen Anstiegs der Auslandsschuld und wegen des Rückgangs des Waren- und Dienstleistungsexports stieg das Verhältnis der Schulden zu den Exporten jedoch wieder an. Diese Größe, die 1984 auf 316% gesunken war, stieg 1985 auf 340% an. Nur 1983 gab es eine schlechtere Relation. Der Rückgang der Verkäufe ins Ausland bedeutete außerdem, daß - trotz des Rückgangs der Zinszahlungen - das Verhältnis von Zinsen zu Exporten sich im vierten Jahr hintereinander auf der sehr hohen Ebene von etwa 36% hielt.

POSTKARTEN - PROTEST

Unterstützt den Kampf der Bauern von Itaparica in Brasilien!

Wie vor einigen Jahren beim Bau des Sobradinho-Staudamms besteht wieder die Gefahr, daß Felder, Dörfer und einige Städte überflutet werden, ohne daß die betroffenen Bewohner und Bauern auch nur annähernd angemessen entschädigt werden. Wenige Monate vor Vollendung des Staudamms von Itaparica am Rio Sao Francisco hat sich noch niemand mit den Betroffenen in Verbindung gesetzt, um mit ihnen über ihre Entschädigungsforderungen zu verhandeln. Wie bei Großprojekten in Brasilien üblich, haben bundesdeutsche Firmen und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder die Finger im Spiel.

Protestpostkarten an den sich als Außenwirtschaftsminister gerierenden BMZ-Hausherrn Warnke sind erhältlich beim:

Arbeitskreis 3. Welt St. Peter

c/o Thomas Hax

Kirchplatz 4

4350 Recklinghausen

FILM

Zur Situation des brasilianischen Kinos

Brasilianische Spielfilme hatten im Berlinale-Programm in der Vergangenheit ihren festen Platz. 1986 ist das Angebot hingegen recht bescheiden: Neben dem Wettbewerbsbeitrag A HORA DA ESTRELA (Sternstunde) von Suzana Amaral ist nur noch NEM TUDO É VERDADE (Nicht alles ist Wahrheit) von dem mit dem 'Cinema Novo' verbundenen Sganzerla im Rahmen des 'Forums' zu sehen. Im folgenden Beitrag soll versucht werden, einen kurzen Abriß des brasilianischen Kinos zu geben.

Seit Beginn der 70er Jahre zählt Brasilien zum (quantitativ) wichtigsten Filmproduzenten Lateinamerikas, pro Jahr werden etwa 85 Spielfilme fertiggestellt. Mitte der 80er Jahre befindet sich das Kino in Brasilien jedoch in einer Krise - sowohl was Themenstellungen als auch was die Einspielergebnisse betrifft. Im Laufe der 70er Jahre konnte der Anteil brasilianischer Produktionen von 14% (1970) auf fast 31% (1980) gesteigert werden. Dies ist vor allem auf eine Reorganisation der staatlichen Filmvertriebsgesellschaft "Embrafilme" und eine Reintegration vormals exilierter Regisseure zurückzuführen. Seit 1980 ist die Tendenz aber fallend und nähert sich der 25%-Marke - die Vorherrschaft US-amerikanischer Filme im brasilianischen Kino ist nicht zu übersehen.

Angesichts der länger andauernden ökonomischen Krise, deren Folgen für die Mehrheit der Brasilianer deutlich zu spüren sind (die Inflationsrate betrug allein im Januar 1986 16,2%!), geht auch der Verkauf von Kinokarten zurück, denn ein Kinobesuch ist ein relativ teures Vergnügen. Als Konsequenz dieser seit 1981 andauernden Entwicklung schlossen in den vergangenen 4 Jahren 700 Kinos ihre Pforten, Ende 1985 gab es in Brasilien nur noch knapp 1500 Lichtspielhäuser. Insbesondere die Kinos im Hinterland sind von Schließungen bedroht, da sie aufgrund der internen Vertriebsorganisation häufig mangelhafte Kopien erhalten. Wegen chronischen Kapitalmangels sind die brasilianischen Filmvertriebsgesellschaften (im Gegensatz zu den US-Anbietern) nur selten in der Lage, eine ausreichende Anzahl von Kopien eines Films zu ziehen, da das gesamte filmische Rohmaterial und die technische Ausstattung immer noch importiert werden müssen. Die vorhandenen Kopien wandern also zunächst in die großen Kinozentren, bevor sie in die Kinos des Hinterlands gelangen. Mittlerweile wird jede 3. Kinokarte entweder in Rio oder São Paulo verkauft und der Konzentrationsprozeß schreitet voran.

DIE THEMEN

Als im Sommer 1985 die Zensur in Brasilien offiziell abgeschafft wurde (was natürlich nicht heißt, daß in Brasilien seitdem nicht mehr zensiert wird), erwarteten viele eine filmische Verarbeitung und Aufarbeitung der 18jährigen Militärdiktatur und eine stärkere thematische Hinwendung zu den aktuellen gesellschaftlichen Fragen. Aber anders als im argentinischen Kino steht diese Auseinandersetzung noch aus. Die Spielfilmproduktionen des Jahres 1985 bewegten sich thematisch eher in bekannten Bahnen und waren weitgehend frei von gesellschaftspolitisch brisanten Fragen. Lediglich AVAETÉ unter der Regie von Zelito Viana greift ein Tabu auf: In seinem Film versucht ein Indianerjunge, die Verantwortlichen des Mordes an seinem Stamm aufzuspüren. Als Vorlage diente dem Regisseur eine Untersuchung des Anthropologen und jetzigen Kulturministers von Rio de Janeiro, Darcy Ribeiro, zu diesem Thema. Anzumerken bleibt aber auch, daß es in Brasilien (anders als in Argentinien) schon in der Endphase der Militärdiktatur möglich war, politisch brisante Fragen - wie beispielsweise die Rolle der Guerilla - filmisch umzusetzen. Von den aktuell laufenden Produktionen wird einiges von A OPERA DO MOLANDRO unter der Regie von Ruy Guerra erwartet. Dieses als brasilianisch-französische Coproduktion angelegte Projekt ist eine Adaption von Brechts "Beggar's Opera", die Fertigstellung dieses Films wird in diesem Frühjahr erwartet.

DER DOKUMENTARFILMBEREICH

Die aktuellen gesellschaftlichen Probleme werden momentan eher von Dokumentarfilmern aufgegriffen. Der Demokratisierungsprozeß, ökologische Probleme und eine Auseinandersetzung mit den Jahren der Militärdiktatur waren Thema auf dem letzten Festival in Salvador, dem bedeutendsten Kurzfilmfestival des Landes. Den ersten Preis gewann hier der letzte Beitrag von Renato Tapajós (für 'EM NOME DA SEGURANCA' - 'Im Namen der Sicherheit' erhielt er 1985 den ersten Preis in Oberhausen und wurde auch in Havanna prämiert), NADA SERA COMO ANTES. NADA? (Nichts wird so sein wie früher. Nichts?), eine politisch-persönliche Reflektion über die Rolle der PT (Arbeiterpartei) in den vergangenen Jahren. Gerade im Dokumentarfilm ist die Abschaffung der Zensur sichtbar; denn vor geraumer Zeit war ein Film über die Geschichte der brasilianischen KP als Festivalbeitrag ebensowenig denkbar wie die Fertigstellung eines Films über die aktuelle Zusammenarbeit der Geheimdienste des 'Cono Sur'.

AUSBLICKE

Angesichts eines insgesamt schrumpfenden Marktes stehen die politisch Verantwortlichen in der Pflicht, zusammen mit den

Kulturschaffenden Strategien zur Überwindung der Krise zu entwickeln, wenn der international anerkannte Standard gehalten werden soll. Eine Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen und eine Neuorganisation der staatlichen Vertriebsgesellschaft 'Embrafilme', sowie ein intensives Nachdenken über die Zukunft des kommerziellen Fernsehens scheinen dringend geboten.

DER EISERNE VORHANG DER IGNORANZ BUNDESDEUTSCHE PRESSE & NICARAGUA

Eine Ausstellung der Lateinamerika-Dokumentationsstelle (LADOK) des FB 06 der Gesamthochschule Kassel

Die Ausstellung möchte ein Bild davon vermitteln, inwieweit auch hierzulande einem Klischeedenken in Kalte-Kriegs-Schemata dadurch Vorschub geleistet wird, daß die Aufbereitung der zugänglichen Informationen mit Scheuklappen geschieht und Informationen - entsprechend veralteter Denkschemata - verzerrt werden, anstatt umfassend über die komplexe Realität in anderen Ländern aufzuklären.

Obgleich die - internationale - Presseberichterstattung schon häufig untersucht wurde, entsteht im konkreten Einzelfall dennoch erneut ein Gefühl von Betroffenheit, wenn Nachrichten unterschlagen, Agenturmeldungen "frisirt" und in Kommentaren Zusammenhänge konstruiert oder geleugnet werden, die die Realität zuweilen auf den Kopf stellen.

Untersucht wurden im Zeitraum von März 1983 bis Oktober 1984 folgende Zeitungen: Frankfurter Rundschau, Die Welt, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, die tageszeitung sowie Der Spiegel (in eingeschränkter Form) und die regionale Hessisch-Niedersächsische Allgemeine.

Die Analyse erfolgte nach folgenden Themenaspekten: Entwicklungspolitik, Arbeitsbrigaden, Verminung, Contras, Miskitos, Ost-West-Konflikt und Wahlen.

Die Ausstellung besteht aus 15 zweiseitigen DIN A 1 Holzgerahmten Fotopapier-Stellwänden mit zahlreichen Fotos und eigenem flexiblen und raumsparenden Stellsystem aus Holz. Die Ausleihmodalitäten können erfragt werden bei:

LADOK Fachbereich 06 Gesamthochschule Kassel
Nora-Platiel-Str. 5 3500 Kassel Tel. 0561/8043128 & 8043125

REZENSIONEN

Volker Kasch/Ulrich Leffler/Peter Schmitz/Rainer Tetzlaff (hg.):
"Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt", Lamuv Taschenbuch 42, Bornheim-Merten 1985.

2635 Milliarden US-Dollar. Das ist die Summe, die die 350 größten Transnationalen Unternehmen mit ihren mehr als 25000 ausländischen "Tochtergesellschaften" 1980 weltweit umgesetzt haben, was etwa 28% des Bruttoinlandproduktes der marktwirtschaftlichen Industrie- und Entwicklungsländer des gleichen Jahres entspricht. Insgesamt agieren etwa 98000 Unternehmen in der Welt unter der Regie solcher TNU's. Sie vereinigen mittlerweile 70-80% des Welthandels auf sich.

Welche direkten oder indirekten Folgen aus einer auf wachsende Profite ausgerichteten Konzernphilosophie für die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse im Allgemeinen und die Menschenrechte im Besonderen in den Ländern der Dritten Welt resultieren, darüber will eine Studie Auskunft geben, die im Sommer vergangenen Jahres von einer hamburger Wissenschaftlergruppe herausgegeben wurde.

"Maßstab ist dabei ein umfassender sozialer Menschenrechtsbegriff, der von der Prämisse ausgeht, daß Gesellschaften ohne Entwicklungsmöglichkeiten der geeignete Boden für die systematische Verletzung von Menschenrechten sind."

Übersichtlich und in leicht verständlicher Form werden auf knapp 260 Seiten die wichtigsten Problemfelder erörtert und anhand zahlreicher Beispiele anschaulich gemacht. Die dabei verwendete Sprache ist engagiert, aufgrund fundierter Recherchen aber nicht unbegründet. Gleichzeitig werden auch weitgehend komplexe wirtschaftliche Prozesse sprachlich entwirrt und dem unbedarften Leser dadurch die hochtrabend wissenschaftliche Diskussion der betreffenden Fachblätter der vergangenen Jahre in klarer Form zusammengefaßt.

Knapp ein Jahr Zeit stand den Autoren zur Verfügung, diese von "AMNESTY INTERNATIONAL" in Auftrag gegebene Studie fertigzustellen. Als schließlich aber die etwa 600-seitige Rohfassung vorlag, hatte sich das politische Stimmungsbild in der Organisationshierarchie gewandelt. Die Entscheidungsgremien fürchteten nun um den Neutralitätsstatus, den ai in der Öffentlichkeit bisher genossen hatte. So erschien die, wenn auch bereits gekürzte Fassung, zwar noch mit einem Vorwort des ehemaligen Sektionsvorsitzenden der BRD, Helmut Frenz, weder aber wie bisher alle ai-Publikationen im Fischer-Verlag noch mit einem Hinweis auf die Auftraggeber auf dem Titel des Buches.

Ich bringe das Salz

CHILENISCHE FRAUEN BERICHTEN

"Wir müssen was machen, wir müssen uns als Frauen zusammenschließen."

Diese Meinung einer Chilenin aus einer Población teilen alle interviewten Frauen dieses Bildbandes, und sie handeln danach. Sei es in einer Vereinigung der Familienangehörigen der verschwundenen Gefangenen, in einer Nachbarschaftsgruppe, in einer Frauengruppe (CODEM) ... Jede dieser Frauen leistet Widerstand trotz starker Repression vom staatlichen Regime. Die eigene Betroffenheit von Unterdrückung, Ausbeutung und materieller Not hat die Frauen motiviert, sich zu wehren. Und man/frau versteht es.

So auch im Falle einer Arbeiterin, die an einer Landbesetzung teilnimmt, ohne Rückhalt in ihrer Familie, um für ein Stück Land für ihre Kinder zu kämpfen. Das gemeinsame Vorgehen stärkt diese Frauen, läßt sie aber auch Grenzen spüren, die ihnen durch die traditionelle Frauenrolle auferlegt sind.

Männer sind "... so sehr Machistas, daß sie die Wirklichkeit nicht sehen wollen, die darin besteht, daß auch eine Frau einer Organisation angehört." (S. 84)

Wenn so ein Widerspruch in den Interviews aufgezeigt wird, wirkt das Buch authentisch und überzeugend. Gerade die längeren Passagen und die den Text begleitenden Fotos sprechen an, rütteln auf und sagen sehr viel über den alltäglichen Frauenwiderstand.



Patricia López-Stewart, Elisabeth Gumberger: **Ich bringe das Salz**. Chilenische Frauen berichten. CON, Bremen, 1985

Eingegangene Bücher

Wolfgang Dietrich: **Nicaragua**. Entstehung, Charakter und Hoffnung eines neuen Weges. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Heidelberger Verlagsanstalt, Heidelberg, 1986

Volker Kasch / Ulrich Leffler / Peter Schmitz / Rainer Tetzlaff: **Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt**. Lamuv, Bornheim-Merten, 1985

Detlev Ullrich: **Barriopolitik in Caracas** (Venezuela). Eine sozioempirische Untersuchung am Beispiel der Erwachsenenbildung und der Stadtteilarbeit. Breitenbach, Saarbrücken, 1984

Hannes Bahrman / Christoph Links: **Contras contra Nicaragua**. Entstehung, Struktur, Taktik der bewaffneten Konterrevolution. Dietz Verlag, Berlin(DDR), 1985

Malte Letz (Hrsg): **Nicaragua - Dokumente einer Revolution**. Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig (DDR), 1985

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 92, Jan./Feb. 86 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Schwerpunktthema: **Heißer Kaffee**: Die Bundesbürger sind beunruhigt, erleben doch gegenwärtig die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt einen Höhenflug. Informationen dazu und die Auswertung der ersten Aktionswoche der Kaffeekampagne bilden den ersten Schwerpunkt des ila-infos im neuen Jahr. Die Beiträge "Das Geschäft mit dem Kaffee", "Kaffee aus Nicaragua - gleiche Sorte, andere politische Verpackung" und "Leben auf der Kaffeefinca" zeigen unter welchen Bedingungen Kaffee produziert und wie er kommerziell und alternativ vermarktet wird. Außerdem:
Wahlen in Honduras: Nichts neues - aber welchen Sinn sie dennoch haben / Brasilien: Eine Zivilregierung macht noch keinen politischen Sommer / Natur und Umwelt in Kuba: Wie steht es mit der Ökologie auf der Roten Insel / Abtreibungsdiskussion in Nicaragua / Aktionen gegen Hamburger und Großstaudämme / Internationalismusdiskussion

blätter des iz3w, Nr. 131, Feb. 86

Postfach 5328, 7800 Freiburg
Themenschwerpunkt: **Frauen im Entwicklungsprozeß**: Subsistenzproduktion und Hausfrauisierung / Die Lage der Arbeiterinnen in der abhängigen Industrialisierung in Südostasien / Feminismus am Ende der Frauendekade / Über die Sparclubs der Frauen in Kenia / Frauenpolitik des BMZ / Frauengruppen in Indien / Frauenprojekte in Afrika
Berichte zu Uganda, Iran, Peru, Guatemala, Hong Kong, Thailand, Osterinsel.

ISTMO, Heft 11 (Februar 1986)

Achtermannstr. 10 - 12, 4400 Münster
Jürgen Weller: Costa Rica passt sich an - ökonomische und politische Strukturveränderungen in der Regierungszeit Monge / Otfried Massauer: Von Vietnam nach Nicaragua? Interventionsbereitschaft und Interventionskapazitäten in der US-Politik

Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/85

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
Katastrophenhilfe - "Heute tun wir mal was Gutes": Ein Jahr nach dem Tag für Afrika: Bilanz einer fragwürdigen Hilfsaktion. Die gute Tat des Bundeskanzlers. Katastrophen in der "Dritten Welt" als Ausdruck von Unterentwicklung: Hintergründe und Entwicklungen der internationalen und bundesdeutschen Katastrophenhilfe / Erfahrungen "rasender Katastrophenhelfer". Jet-Setter, LKW-Trucker und Notärzte: So einfach ist die Sache nicht / Die begrenzten Möglichkeiten der nichtstaatlichen Katastrophenprofis. Porträts von sechs großen und kleineren Organisationen / Nicht nur Nutzen, sondern auch Schaden bei der Vergabe von Nahrungsmittelzuschüssen / Dauerkatastrophen im Sahel und in Bangladesh / Giftgasunglück in Bhopal.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 100, Jan, 86
Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Asyl konkret in Fulda / Menschenrechte für Ureinwohner - ein exotisches Thema / Schwerpunkt: **Pillenkoker mit gezinkten Karten**: Der Rationale Gebrauch von Medikamenten / UN-Liste über gefährliche Produkte / HAI Ost- & Zentralafrika gegründet / Kenia: Medikamente in ländlichen Gebieten / Wofür Medikamente gebraucht werden / Hoechst Aktion: Aus dem Hoechst Antiquariat

BRASILIEN NACHRICHTEN, Nr. 88

An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück
Gesundheit in Brasilien: Aufbau einer Pflanzenapotheke / Lepra ist heilbar / Pharmaindustrie / Brasiliens Kinder sterben langsamer / Familienplanung / Brasilianisches Gesundheitswesen / Geburtshilfe in Fortaleza / Wo es keinen Arzt gibt / Reise in das Amazonasgebiet.
Aktuelle Berichte zur Landreform, zu den Bürgermeisterwahlen, dem "Krieg auf dem Lande", einem Treffen von Landarbeiterinnen usw.

INPREKORR, Nr. 178, Feb. 1986

Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1
Argentinien: Generäle vor Gericht / Artikel zu Britannien/Irland, Südjemen, China, Automobilindustrie etc.

WECHSELWIRKUNG, Nr. 28, Feb. 86,

Hundertmorgen-Medienversand, Forstbergstr. 7, 6107 Reinheim 2
Physik in Nicaragua: Kein Luxus sondern Notwendigkeit

TERMIN - TERMIN - TERMIN - TERMIN - TERMIN - TERMIN

Seminar am 4. - 6. April 1986 in Hamburg

**Pestizide - Baumwolle - Textilien
Arbeitsplätze vom Baumwollfeld bis zur Fabrik**

Weitere Information und Anmeldung bei:

3. Welt-Markt,

Bundesstr. 28,

2000 Hamburg 13

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Nr. 28, Februar 1986

Schwerpunkt: Äußerer Zwang - Innere Einstellung - Industriearbeit im Wandel * Vom blauen Montag zum freien Samstag * Synchronisierung der Arbeit * Frauenarbeit: Die andere Seite der Industrialisierung * Zur Geschichte der Automobilarbeiter * Kein Ende der Arbeitstellung * Thesen von Kern/Schumann * Rationalisierungsverlierer - und wer gewinnt? *

Weitere Themen: Physik in Nicaragua * Norddeutsche Affinerie * Führt die moderne Physik zu Magie und Astrologie? * Bildungsarbeit mit jungen Angestellten * Personalinformationssysteme à la Zuse * Von Pufferküssern und anderen Eisenbahnfans *

Bitte kostenloses Probeheft anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61
DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

Studien zu Zentralamerika **Istmo**

Themen der ISTMO sind:

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weitpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Heft 11 (Februar 1986)

Jürgen Weller:

Costa Rica passt sich an - ökonomische und politische Strukturveränderungen in der Regierungszeit Monge

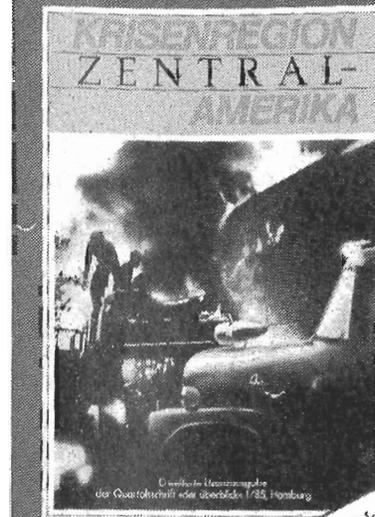
Otfried Nassauer:

Von Vietnam nach Nicaragua? Interventionsbereitschaft und Interventionskapazitäten in der US-Politik

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724 - 0716) oder direkt beim Herausgeber. Einzelheft 4,- DM, Doppelheft 8,- DM

Sozialwissenschaftliche
Studiengesellschaft
Zentralamerika e.V.

Achtermannstr. 10-12
D- 4400 Münster



Edition Nahua
10

Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.)
Krisenregion Zentralamerika
Costa Rica - El Salvador -
Guatemala - Honduras - Nicaragua

148 Seiten mit zahlr. Fotos, Tabellen
und Karten. DM 16,00

Themenschwerpunkte:

- Länderüberblick ● Politik der USA
- Westdeutsche Entwicklungspolitik
- Militarisierung ● Menschenrechte und Ost-West-Konflikt ● Katholische Kirche im Konflikt ● Evangelische Kirchen zwischen Anpassung und Widerstand ● Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit ● Die Conquista und ihre Folgen ● Landreform und Agrarpolitik ● Indianer - Völkermord oder Entkolonialisierung? ● Kirche und Miskitos ● Flüchtlinge ● Befreiungskampf in El Salvador ● Solidaritätsarbeit ● Projekte

Deutsche Erstausgabe mit einem Vorwort von ROSHAN DHUNJIBHOY

NICARAGUA:



**WAS HAT SICH DURCH DIE
REVOLUTION VERÄNDERT?**
Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua

JOSEPH COLLINS
FRANCIS MOORE LAPPE
NICK ALLEN
PAUL RICE

Edition Nahua
11

Joseph Collins u.a.
**Nicaragua: Was hat sich durch
die Revolution verändert?**
Agrarreform und Ernährung im
neuen Nicaragua

Mit einem Vorwort von Roshan
Dhunjibhoy. ca. 280 Seiten mit zahlr.
Tabellen. ca. DM 24,00

„... Sogar Konservative tun gut daran,
dieses Buch zu lesen. Denn es handelt
von der wirklichen Poesie dieser Re-
volution ... von Korn und Fleisch und
Bohnen. Es ist ein echtes Re-
volutionslied ... ein Lied
von Brot und Butter.“
Roshan Dhunjibhoy

Edition Nahua
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1